

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 Spalten, Colonne für Anzeigensprüche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

### Müßiggang

Müßiggang ist das Schlimmste; Müßiggang allein ist ohne Hoffnung. (Carlyle.)

Wenn Leben Bewegung und Tätigkeit ist, dann ist der Müßiggang der Tod des Lebens. Er verurteilt den Geist zum Stillstand und den Körper zum Vergilten. Der Müßiggänger untersteht sich von den Toten dadurch, daß er mit den Lebenden Luft und Sonne, Nahrung und Wohnung teilt, er unterläßt nicht nur die pflichtmäßige Tributzahlung, sondern zehrt sogar vom Kapitale der Gesamtheit. Die Verantwortlichkeit verlangt, daß der Verbrecher durch Zwangsarbeit seine Schuld abtut; leider weiß das Gesetz für den Müßiggang an sich keinen Paragrafen auf, trotzdem er oft die Vorläufer zu offenkundigen Verbrechen ist. Arbeit ist ein Wall gegen das Böse; Müßiggang ein ungeführter Angriffspunkt für alle Arten des Lasters. Fast mit Sicherheit läßt sich sagen: Wo Arbeit, da Sieg, wo Müßiggang, da Niederlage.

Bei dem angeborenen Tätigkeitstriebe muß der Mensch einen langen Weg zurücklegen, um zu der Stufe zu gelangen, wo die Fähigkeit zur Arbeit verfaßt. Nachgiebigkeit gegen Arbeitslust, wie sie sich zuweilen bei jedem einstellt, läßt ihn und halbe Arbeit, zeitweise verschuldete oder unverschuldete Arbeitsunterbrechung, Gedankenlosigkeit, bezüglich der Verpflichtung gegen sich und andere — das schwächt anfangs unmerklich die Arbeitskraft und steigert in gleichem Maße die Neigung zum Müßiggang.

Ein teilweiser Kraftverbrauch läßt sich durch verdoppelte Anstrengung wieder einbringen doch wenn die Kraft erloschen ist, wäre Wiederbelebung gegen die Natur.

Menschen ist nicht die Macht gegeben, Tote zum Leben zu wecken, aber wohl Kranke gesund zu machen, Stinkenden die Hand zu reichen, bis sie wieder ehren Hohen unter den Füßen haben. Den Arbeitsunlustigen zur Arbeit aufmuntern, den schlaffen Arbeitenden durch eigne energiegeladene Tätigkeit zur Kraftentfaltung anspornen, den Arbeitslosen zur neuen Arbeitsfähigkeit verhelfen, das ist eine soziale Bestimmung von durchgreifender Bedeutung.

### Wollwirtschaftliche Rundschau.

Einen Gradmesser für das Wirtschaftsleben bilden immer die Einnahmen der Eisenbahnen. Danach hätte es im August einen ganz gewaltigen Aufschwung genommen, denn die Einnahmen besonders am Güterverkehr weisen eine Höhe auf wie sie zuvor — sie betragen 177,85 Mill. M. Gegen den Vormonat bedeutet das eine Zunahme von 13,54 Mill. M. gegen den August des Vorjahres eine solche von 12,15 Mill. M. oder von 7,5%. Diese Zahlen sind neuerdings mit Vorsicht aufzunehmen, denn sie sind nicht allein auf die Entwicklung des Wirtschaftslebens zu sehen. Infolge des niederen Wasserstandes wurden manche Güter mit der Eisenbahn verschifft, die in normalen Zeiten den Wasserweg genommen hätten. Es ist natürlich nicht möglich, auch nur annähernd die Zahlen anzugeben, um die sich auf diese Weise die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen vermehrt haben. Aus dem Fernverkehr weisen sie demgegenüber eine Abnahme von 3,06 Mill. M. gegen den Vormonat auf. Sie betragen im August 96,58 Mill., im Juli 100,54 Mill. M. Gegen den August des Vorjahres ist allerdings auch hier eine kleine Steigerung vorhanden und zwar um 1,31 Mill. M. oder 1,4%. Der Ausfall gegen den Vormonat ist auf die große Hitze zurückzuführen, die den Reiseverkehr stark einschränkte.

Es ist auffallend, wie allen Tatsachen zum Trotz das deutsche Wirtschaftsleben vom Ausland eine höchst ungerechte Würdigung erfährt. Die großen Kursrückgänge an der Berliner Börse, denen übrigens auch solche an der New Yorker und Pariser Börse folgten, ließen das Gerücht aufkommen, als ob Deutschland nahe am finanziellen Zusammenbruch stünde. Der Zweck dieser Nachrichten, die hauptsächlich in französischen und englischen Blättern zu finden sind, ist ohne weiteres klar — sie sollen Deutschland in Mißkredit bringen. Die tatsächliche Lage an der Börse ist zwar keineswegs sehr günstig, doch hat sich überall eine Erholung von dem schweren Schlag eingestellt. Allerdings wird in den letzten Tagen der alarmierenden Nachrichten der kriegerischen Rüstungen Italiens gegen die Türken. Da man aber die Rüstungen Italiens ganz im unklaren ist, die Rüstungen für den Raubzug nach Tripolis aber schon nach Ansicht vieler zu weit vorgeschritten sind, als daß man einen friedlichen Ausgleich erwarten dürfte, so hat sich allenthalben eine starke Beunruhigung eingestellt. (Der Krieg ist inzwischen zur Tatsache geworden. D. Red.)

Noch erhöht wird die Beunruhigung durch die schwierige Lage, in die Deutschland durch den Streit gebracht wird — hier das verbündete Italien — dort die befreundete Türkei. Der Geldmarkt hat eine Versteifung erfahren — eine regelmäßige Erscheinung zu dieser Jahreszeit. Die Reichsbank hat deshalb auch ihren Diskontsatz von 4 auf 5% erhöht; ihrem Vorgehen folgten ebenfalls mit einer Diskonterhöhung die französischen und englische Bank.

Die Lage in unserer Industrie ist eine so günstige wie noch selten vorher. Es ist jetzt eine Zeit ruhiger steter Entwicklung eingetreten. Ganz still ist es geworden, seitdem nicht jeden Tag mehr oder weniger heunruhigende Gerüchte über das angebliche Scheitern der Verhandlungen des Hohenloherverbandes aufkamen. Natürlich hat der Roheisenmarkt hier

von den größten Vorteil. Er ist zwar augenblicklich etwas ruhiger, doch fest. Im Oktober soll mit dem Verkauf für 1912 begonnen werden. Daß dann eine allgemeine Preissteigerung eintreten wird, darf als ziemlich sicher angenommen werden. Das Exportgeschäft verspricht gute Erfolge; Belgien, ein Hauptabnehmer unserer Hochprodukte tritt wieder in verstärktem Maße als Käufer auf. So sehr die Tätigkeit in der Roheisenindustrie zu befrüchten ist, so ist doch andererseits die Gefahr nahe, daß namentlich beim Fehlen jeglicher Konkurrenz die Preise eine unangenehme Steigerung erfahren — wir wollen hoffen, daß sich die leitenden Kreise in dieser Hinsicht voll und ganz ihrer Verantwortung und ihres Einflusses auf unsere ganze Industrie bewußt sind und Steitigkeit über den momentan vielleicht sehr gewinnbringenden Erfolg stellen.

Am 16. Oktober fand in Koblenz die 43. Tagung des Vereins der deutschen Eisengießereien statt. Es gehören ihm 670 Firmen als Mitglieder an. Die Marktlage wurde im ganzen günstig beurteilt. Die Werke sind gut beschäftigt und die Nachfrage ist lebhaft. Allgemein aber wurde über die gedrückten Preise geklagt, die auf die starke Konkurrenz mit großen Leistungen zurückzuführen sind. Daß eine baldige Erhöhung eintreten soll, war der allgemeine Wunsch und wird infolgedessen nicht mehr lange auf sich warten lassen. Als Veranlassungsgrund hierzu mußten u. a. natürlich auch die immer mehr steigenden Kosten der Sozialversicherung herhalten.

Der Verband des Stahlverarbeitenden an Produkten B hat im August endlich die sinkende Tendenz der vorhergehenden beiden Monate zum Stillstand gebracht und mit kräftigem Aufschwung sogar den Mai übertraffen und damit den höchsten Stand in einem Monat dieses Jahres erreicht. Er betrug im ganzen 518 333 To. gegen 497 617 To. im Juli, also 20 716 To. mehr. Auch gegen den August des Vorjahres 50 716 To. mehr. Auch gegen den August des Vorjahres ist eine kräftige Aufwärtsbewegung zu verzeichnen — der Verkauf betrug hier 490 181 To., also 28 152 To. weniger! Stahlfellen, Bleche, Walzdraht, Guß- und Schmiedestücke sowie Rohren zeigen alle fast erhöhte Verkaufsziffern. Am günstigsten aber hat Stabeisen abgeschrieben, in dem der Markt noch eine vor sehr gute Aufnahmefähigkeit zeigt. Der Verkauf in Stabeisen hat sich im Juli allein um 27 269 To. vermehrt und gegen den August des letzten Jahres um 29 413 To. Am stärksten dieser Tatsachen glaubt man, daß der Stahlverarbeitenden den wiederum vorliegenden Anträgen auf Erhöhung der Verkaufspreise — in B-Produkten wenigstens für Stabeisen keinen ernstlichen Widerstand mehr entgegenzusetzen werde — ein Vorzeichen, das wir nicht billigen könnten, denn der Stabeisenmarkt erscheint in seinem Absatz stark forciert und es kann nicht mehr allzulange dauern, bis er überfüllt ist. Auf die außerordentlich günstigen Sachverhalte mag übrigens auch die Furcht vor dem kommenden Syndikat die Verbraucher zu vermehrten Annahmen bewegen, denn es ist ungewiss, ob die diesjährige Erhöhung der Preise mit sich brachte.

Weniger günstig lautet die Nachrichten vom Rohrenmarkt; die Verkaufsziffer weist zwar ebenfalls eine Steigerung von 3 249 To. auf. Mit 17 139 To. erreicht sie den höchsten Stand seit Januar 1910 und diese Tatsache läßt mit ihrer Vermehrten Nachfrage doch vielleicht auf eine baldige Erhöhung der Preise hoffen. Der Halbzeugmarkt ist andauernd gut, die Preise sind unverändert geblieben. In Bandstahl wird das Geschäft in letzter Zeit wieder lebhafter; auch in Blechen, Grob- und Feinblechen ist die Lage durchaus günstig; das gleiche gilt vom Walzdrahtmarkt.

Die Lage im Maschinenbau ist zufriedenstellend, der Lokomotivbau ist reichlich beschäftigt, die Waggonbauanstalten sind besser mit Aufträgen versehen, doch bleiben die der Staatsbahnen hinter den Erwartungen zurück — sie sind nur wenig größer als im letzten Jahr.

Die amerikanische Eisenindustrie liegt immer noch darnieder. Der Roheisenmarkt soll sich zwar etwas belebt haben, doch kann von einer Erholung keine Rede sein. Allenthalben werden Preisreduktionen gemeldet — so in Baustahl und Eisenblechen. Der Auftragbestand des Stahltrusses wird im September um 15% niedriger taxiert als im August — gerade ein günstiges Zeichen. Das ganze Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten zeigt eine starke Depression — neuerdings wird einigermassen durch Gerüchte, die ein strenges Vorgehen gegen die Trusse, insbesondere auch gegen den Stahltruss, zu meiden müssen. Was hier Wahrheit und Dichtung ist, kann nicht beurteilt werden — das eine aber haben sie zur Folge gehabt, daß die Aktien des Stahltrusses rabid gesunken sind. U. E. wird das ganze Vorgehen des Staates nicht allzuviel Erfolg haben. Die aufgekauften Kapitalmassen sind zu gewaltig und zu mächtig, als daß ein Auflösungsbeschluss vielmehr als eine geistlich unantastbare Organisation zur Folge haben könnte. Es rächt sich hier bitter die Untätigkeit des Staates, der ein Eingreifen verweigerte, so lange es noch Erfolg gehabt hätte. Wir in Deutschland haben allen Grund, diese Erscheinungen in Amerika zu beherzigen und unser Verhalten — wenn es auch da nicht schon zu spät ist — darnach einzurichten.

### Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Am 18. und 19. Sept. fand in Köln in der Bürgergesellschaft eine Sitzung der internationalen Kommission der christlichen Gewerkschaften statt, die von den Landeszentralen, Deutschland, Desterreich, Belgien, Schweiz, Holland und Italien besucht war. Außerdem hatten sich sowohl

aus Deutschland wie aus Belgien und Holland Gäste eingeladen, während die christlichen Gewerkschaften aus dem Norden Frankreichs einen Vertreter entsandt hatten zur Teilnahme mit dem dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Organisationen.

Der Sitzung wurde zunächst der Bericht des internationalen Sekretariates vorgelegt, das seine Tätigkeit mit dem 1. Januar 1909 aufgenommen hat. Die christliche Gewerkschaftsinternationale hat insofern mit anderen Voraussetzungen wie die sozialistische zu rechnen, als sie nicht wie die letztere alles und jedes in die Schablone des Klassenkampfprinzips hineinstecken kann. Vielmehr fühlen sich die christlichen Arbeiter in ethischen, kulturellen, nationalen und sozialen Fragen mit den übrigen Volksschichten verbunden, sobald nicht ihre ganze Bewegung von einer Stelle aus einheitlich dirigiert werden kann. Das Schwergewicht der internationalen Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften liegt infolgedessen bei den einzelnen Verbänden, woselbst die Verhältnisse von mehr oder minder einheitlichem Gepräge im Vordergrund stehen. Auf diese Verhältnisse hat das internationale Sekretariat Rücksicht zu nehmen. Es hat das internationale Sekretariat (August 1908) einen wesentlichen Punkt für seine Tätigkeit darin gesehen, die Verhältnisse der christlichen Arbeiterbewegung nach Möglichkeit in den verschiedenen angeschlossenen Ländern an Ort und Stelle zu untersuchen, um seine Maßnahmen im Sinne der kürzlichen Beschlüsse mit einer größeren Kompetenz erteilen zu können. Auch wurde und zwar mit Erfolg versucht, in Frankreich Verbindungen anzuknüpfen. Korrespondenzen mit den angeschlossenen Landeszentralen, Beobachtung der Presse in den betreffenden Ländern und falls Einwirkung auf dieselbe, Aufstellung von Literatur, Erteilung von Informationen bei Zustellung von Adressen, Übertragung von Arbeitern zu Wohnstätten, Streikbruch etc., Verarbeitung von statistischen Materialien auf verschiedenen Gebieten waren die Hauptaufgaben des im Nebenamt geführten internationalen Sekretariates. Die Unterstellung desselben durch das Ausland bezieht sich in letzter Zeit eine wirksamere zu werden. — In der internationalen Liste befinden sich M. 2100 25. Füllt die Zahl der noch rückständigen Beiträge wurde als Termin der 1. Oktober 1911 festgesetzt, und für die Zahlung der weiteren Beiträge jeweils der 1. Juli des auf das Geschäftsjahr folgenden Jahres. — Im Anschluß an den Bericht des internationalen Sekretariates wird beschlossen, daß in Fragen von größerer Wichtigkeit für die Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder ein internationaler Austausch von Erfahrungen und momentlich Materialien stattfinden soll. In wichtigen Tagungen der einzelnen Landeszentralen und falls auch einzelner Berufsverbände wird das Sekretariat auf vorherige rechtzeitige Einladung hin und auf seine Kosten Vertreter entsenden. Der Statist soll in allen Ländern die größtmögliche Aufmerksamkeit zugewandt werden. In Italien wo eine eigentliche Landeszentrale ausstehen noch nicht eingerichtet werden kann, übernimmt der Vorsitzende der christlichen Textilarbeitergewerkschaft die Einrichtung eines Korrespondenzbureaus. Ein weiterer Beschluß verpflichtet die Landeszentralen zu regelmäßiger vierteljährlicher Berichterstattung an das Sekretariat, dem es anheimgestellt wird, je nach Bedürfnis die eingegangenen Berichte in einer eigenen Veröffentlichung zu veröffentlichen.

Den christlichen Gewerkschaften der einzelnen Länder gehörten an:

Land	Mitgliederzahl am 31. Dezbr. 1910	Ausländischer Mitgliederstand
In Deutschland	316 115	360 000
„ Desterreich	82 312	—
„ Belgien	49 478	71 247
„ Holland	—	7 626
„ d. Schweiz	11 780	—
„ Italien	—	6 230
„ Rußland	3 000	3 000

Die Entwicklung ist im allgemeinen keine ungünstige gewesen; in einigen Ländern, wie beispielsweise in Belgien, war sie sogar eine sehr günstige. Dagegen läßt die Zentralfunktion in den gemischtsprachigen Ländern (Desterreich und Belgien) noch sehr zu wünschen übrig. Deshalb wurden im Anschluß an ein ausführliches Referat über diesen Gegenstand die Beschlüsse der Züricher Konferenz betreffend die Zentralisation und Vereinfachung der Zentralverbände in einer Landeszentrale für jedes Land nicht nur allgemein erneuert, sondern auch für die betreffenden Länder durch Zusatzbeschlüsse spezifiziert. Der Vertreter aus Frankreich schloß die eigenartige Situation der christlichen Arbeiterbewegung in seinem Lande. Zugleich warf derselbe einige grundsätzliche Fragen auf, die zu einer eingehenden Diskussion Anlaß gaben, als deren Resultat die volle Ueberreife der Konferenzteilnehmer festgestellt werden konnte. Auf belgischen Antrag hin wird eine Kommission von Vertretern aus Belgien, Holland und Deutschland eingesetzt, welche sich mit der Frage der Organisation und dem evtl. internationalen Zusammenhänge der Fabrikarbeiter zu beschäftigen hat. Von etwaigen internationalen Kongressen und Konferenzen sozialer Institutionen die in irgend einem anderen angeschlossenen Lande stattfinden, ist das Sekretariat durch die betreffende Landeszentrale in Kenntnis zu setzen. Es findet alsdann ein internationaler Meinungsaustausch über die Frage und die Art der Beschaffung solcher Veranstaltungen statt.

In der Frage der ständigen und vorübergehenden Kurwanzung von Arbeitern innerhalb der verschiedenen Länder wird das Sekretariat Materialien sammeln, während

das Auswanderungsproblem selbst gegebenenfalls eine spätere Kommissionsprüfung beschäftigen soll. Das Problem der Gewinnung des jugendlichen Nachwuchses beansprucht die angestammte Aufmerksamkeit der christlichen Organisationen in den verschiedenen Ländern. Die Art und Weise der Lösung dieses Problems ist den Verhältnissen der einzelnen Länder anzupassen.

Die zweite internationale Tagung der christlichen Gewerkschaften war ein deutlicher Beweis für den wesentlichen Fortschritt, welchen der christliche Gewerkschaftsgebäude in den einzelnen Ländern gemacht hat. Die ganze Tagung stand denn auch unter dem Zeichen einer hoffnungsvollen Zukunft in Bezug auf die weitere Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

### Die fiskalischen Eisenhüttenwerke im Harz.

Außer den Blei- und Silberhütten besitzt der preussische Staat im Harz noch 2 Eisenhüttenwerke, nämlich die Rothehütte im Kreise Ilfeld und die Verbacher Hütte zu Verbach im Kreise Zellvers, dazu gehört dann noch die Sollinger Hütte. Insgesamt wurden auf diesen 3 Hütten im Jahre 1909 441 Arbeiter beschäftigt, wovon sich noch 62 Köhler befanden, da die Rothehütte ein besonders gutes Holz in ihren Hochofen produziert, zu dessen Herstellung nicht Holz verwendet wird, sondern Holzkohle. Die drei genannten Hütten haben im Jahre 1909 hergestellt: 2120 T. Roheisen, 2576 T. Gußwaren, 10 T. Stabeisen, 64 T. Gußstahl und 13 T. Raffiniertstahl. Der Gesamtwert dieser Produktion belief sich auf 927 201 M. in 1909. Die Einnahmen der drei Hütten betragen 976 466,33 M., die Ausgaben hingegen 1 017 413,02 M., so daß der Staat einen Zuschuß von rund 51 000 M. leisten mußte. Die Verbacher Hütte hat als einzige fiskalische Eisenhütte im Oberbergamtsbezirk Clausthal einen Ueberschuß von 3355 M. erzielt, während die Rothehütte einen Zuschuß von 40 752 M. und die Sollingerhütte einen Zuschuß von 14 021 M. bedurfte. Allerdings muß bei der Rothehütte berücksichtigt werden, daß die Produktions- und Materialverbräuche eine Zunahme erfahren haben im Werte von 35 160 M., so daß der tatsächliche Verlust nur noch 8749 M. für 1909 beträgt.

Infolge der unbefriedigenden Ergebnisse dieser Eisenhütten ist die Bergbehörde bzw. die Regierung zu dem Entschluß gekommen, ebenso wie einige Silberhütten auch die Eisenhütte zu Rothehütte stillzulegen, da man seitens der Staatsverwaltung nicht länger gewillt ist, fortgesetzt Zuschüsse zu leisten. Durch die im September 1910 vom christlichen Metallarbeiterverband auf dem Oberharz einberufenen Beratungen wurde dann gefordert, daß der Staat die Werke, wenn er sie nicht selbst weiter betreiben wolle, verpachten oder verkaufen möge, da in weiten Kreisen — auch unter Fachleuten — die Ansicht vorhanden ist, daß die bürokratische Verwaltung der Hütten und das Vorhandensein zu vieler Beamten diese ungenügenden Ergebnisse verschulden. Das Oberbergamt Clausthal schrieb darauf die Rothehütte zum Verkauf aus. Soweit bis jetzt bekannt ist, hat sich ein Käufer noch nicht gefunden. Von der Gemeinde Rothehütte war zunächst verhandelt worden, die Hütte vom Staat zu erwerben; die Arbeiter sollten dann nach dem sog. Tanner System selbst als Besitzer die Hütte weiter betreiben. Der preussische Handelsminister aber vertrat die Ansicht, daß auf diese Weise nichts erreicht werden könne; darauf ist versucht worden, eine Aktiengesellschaft zu gründen. Der Vertreter des Kreises Zellvers im Landtage, Herr Bergassessor Spinzig, hat sich bereit erklärt, dieselbe Summe mit Hilfe seiner Freunde aufzubringen, wie in der Gemeinde aufgebracht werden würde. So stehen die Dinge augenblicklich.

Für die Arbeiter der Rothehütte dürfte es nunmehr auch an der Zeit sein, sich einmal zu regen und ihre Interessenvertretung selbständig in die Hand zu nehmen. Auf einen Punkt sei hier hingewiesen, der eigenartig von den Hüttenleuten beurteilt wird.

Während die Verbacher Hütte für eine Tonne Gußwaren 232,25 M. im Durchschnitt erzielte, wurden für Gußwaren der Rothehütte nur 202,60 M. durchschnittlich gezahlt. Hatte die Rothehütte dieselben Verkaufspreise für Gußwaren erzielt wie die Verbacher Hütte, so wären rund 29 000 M. mehr eingenommen worden. Anstatt eines Zuschusses hätte die Hütte noch etwas gut gemacht. Unter der Arbeiterenschaft wird nun geglaubt, daß ein Abnehmer aus Magdeburg es verstanden habe, die Preise sehr zu drücken, weshalb man die verschiedensten Begründungen hören kann. Es würde jedenfalls nichts schaden, wenn die Behörde einmal untersuchte, weshalb die Erzeugnisse der Rothehütte soviel schlechter bezahlt werden wie die anderer Hütten.

An den gezahlten Löhnen kann es nicht liegen, daß die Werke unrentabel sind, denn im Jahre 1909 verdiente ein Arbeiter der Rothehütte im Durchschnitt 782 M., was einem Schichtlohn von 2,70 M. entspricht, während die Durchschnittslöhne der im Bezirk Clausthal belegenen Hütten und Erzbergwerke pro Arbeiter um fast 1029 M. betragen haben.

Zu den schlechten Ergebnissen hat auch die mangelnde Beschäftigung der Eisenhütten beigetragen, denn es wird immer wieder von Seiten der Former darüber gesagt, daß so häufig Freizeitsitzen eingelegt werden müssen, wodurch die Arbeiter doch am allermeisten benachteiligt werden. Es nimmt eigentlich Wunder, daß die fiskalischen Eisenhütten nicht genügend Arbeit haben, denn wenn das Oberbergamt — entsprechend einer von unserem Verbands im Jahre 1909 gemachten Eingabe — die Verwaltungen der Harzer fiskalischen Werke veranlassen würde ihren Bedarf an Guß bei den staatlichen Eisenhütten zu decken, wäre Arbeit genügend vorhanden!

Man würde aber der Verwaltung der fiskalischen Werke unrecht tun, wenn man behaupten wollte, sie versuchte nicht für Arbeit zu sorgen. Ja, man ist gar nicht einmal wahllos, sondern man übernimmt selbst Sireifarbeit! Auf der Solliger Eisenhütte bei Bielefeld stehen die dortigen Arbeiter schon seit April dieses Jahres im Kampfe um ihr Koalitionsrecht. Der Führer des Werks wollte die Forderungen der Arbeiter erfüllen, wenn sie aus dem christlichen Metallarbeiterverband austreten würden. Darauf gingen unsere Kollegen selbstverständlich nicht ein, die Firma suchte andere Betriebe zu gewinnen, wo ihre Aufträge hergestellt werden. Betriebsbetriebe fanden sich nicht; da kommt ihr die Rothehütte entgegen, dort werden die Arbeiten gemacht. Der Staat nimmt durch seine Verwaltung einseitig für den Unternehmer Partei, der den Arbeitern ihre gesetzlichen Rechte vorzuziehen will! Trotzdem von uns an das Oberbergamt das Eingehen gestellt wurde, die Rothehütte zur Einstellung dieser Arbeiten zu veranlassen, wird das mit dem Hinweis abgelehnt, man dürfe sich als Oberbergamt nicht in die Beziehungen zwischen der Solliger Eisenhütte und ihren Ar-

beitern einmischen! Auf der andern Seite scheint man sich aber nicht, durch Hebernahme der Arbeit der betroffenen Firma den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, sich das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht zu erringen.

Ein Outes hat dieses Vorwissen aber doch gehabt: die Kollegen von der Rothehütte haben eingesehen, daß der Einzelne im Wirtschaftlichen nichts bedeutet und so haben sie sich unserem Verbands angegeschlossen, um gemeinsam zunächst die Weiterführung ihres Betriebes anzufragen. Arbeit wäre genug vorhanden, wenn nur die Behörden alle etwas in dieser Richtung unternehmen würden. In einem späteren Artikel wird noch näher darauf eingegangen werden, was da geschehen könnte und geschehen muß. Den Kollegen von der Rothehütte aber rufen wir zu, sich zunächst dem christlichen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, dann wird auch das gesetzlichste Ziel zu erreichen sein.

### Vollwirtschaft und Wirtschafttheorien.

Unser Wirtschaftsleben ist eine Erscheinung, die sich ständig im Fluß befindet. Da gibt es nichts, von dem man sagen könnte, dieser oder jener Zustand ist der normale; seine Dogmen, die für alle Zeit und alle Verhältnisse Geltung hätten. Für den in der Wirtschaft St. stehen, vom Stand des Wirtschaftens abhängig, ist es von der größten Bedeutung, die Ursachen zu kennen, welche die Veränderungen bewirken und bewirkt haben. Die zwei großen bewegenden Momente, sind einmal die Bedürfnisse des Individuums und des Staates, dann das geistige, sittliche und religiöse Leben einer Zeit. Dabei muß natürlich beachtet werden, daß jenes zu diesem und umgekehrt in der engsten Wechselwirkung zu einander stehen, daß eines das andere beeinflusst. Man kann heute wohl, ohne Gefahr zu laufen, als wirtschaftlicher Materialist angesehen zu werden, sagen, daß unser Wirtschaftsleben auf die Tendenz, den geistigen Stand einer Zeit, nicht nur der Gesamtheit, sondern auch des Einzelnen von großem Einfluß ist.

Der bekannte Nationalökonom Bücher unterscheidet drei Wirtschaftspereoden, die mehr oder minder jedes Volk in seiner Entwicklung durchzumachen hätte. 1. Die Periode der geschlossenen Hauswirtschaft; 2. die der Stadtwirtschaft und 3. die der Volkswirtschaft. Das unterscheidende Merkmal bei dieser Einteilung bildet der Stand der Verkehrs-mittel. In den Zeiten, wo noch keine Straßen unser Land durchzogen, keine Kanäle den Transport ermöglichten, die Schiffahrt nur ganz wenig Bedeutung auf den Flüssen hatte, da war jede Familie, die auf ihrem Hof Landwirtschaft trieb, genötigt, für alle Bedürfnisse selbst zu sorgen. In der eigenen Wirtschaft wurde gebauet, geblendet, gewonnen, gewebt, geschneidert usw. Einzelne Gewerbetreibende, die das für andere ständig getan hätten, gab es nicht. Dieser Zeit der vollständigen Eigenproduktion, der geschlossenen Hauswirtschaft, folgte die der Stadtwirtschaft. An besonders geeigneten Plätzen siedelten sich eine Mehrzahl von Menschen an — dadurch wurde die Bewegungsfreiheit des Einzelnen natürlich sehr eingeschränkt: die Folge war, daß nun nicht mehr jeder all die Verrichtungen vornehmen konnte, die nötig gewesen wären, seine wirtschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Nun differenzierte sich die Wirtschaft in eine Anzahl von Berufen, Gewerbetreibenden, die eine besondere Tätigkeit Tag für Tag ausübten und die Produkte gegen Entgelt veranfaßten. Da entstanden der Schmied, der Bäcker, der Metzger, der Zimmermann, der Schneider usw. Es ist aber wohl zu beachten, daß sich auch in dieser Wirtschaftsperiode wie übrigens auch heute noch zahlreiche hauswirtschaftliche Tätigkeiten vorfinden. Heber die Manern einer Stadt hinaus war der Verkehr nach unseren heutigen Begriffen gering. In der Stadt selbst wurden alle die Produkte erzeugt, die ihre Einwohner benötigten. Es änderte sich, als der Handel einen größeren Umfang annahm und das Geschäft schon ziemlich früh die Hanfa, jener gewaltige Handelsbund, wurde schon 1261 errichtet.

Die modernen Verkehrsmittel brachten in all diese Verhältnisse einen vollständigen Umsturz. Die Städte in einem Lande wurden einander näher gerückt, die verschiedenen Länder mit einander verbunden. Die Stadtwirtschaft wurde verdrängt von der Volks- und Volkswirtschaft. Die Erzeugnisse und Produkte des einen Landes werden in das andere gebracht, sei es um einen dort tatsächlich bestehenden Mangel abzuheben, sei es, um mit den Waren des anderen Landes in Wettbewerb zu treten. Die Gutverteilung ist heute so weit gediehen, daß wir kaum mehr, wie sich das noch tat, von einer nationalen Selbstständigkeit sprechen können: ein Land ist auf das andere angewiesen, sei es in Industrie- oder landwirtschaftlichen Produkten.

Um unsere heutige freie Wirtschaft (Vollwirtschaft, Volkswirtschaft) richtig verstehen zu können, müssen wir einen Blick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse vor ihr werfen. Zur Zeit der Stadtwirtschaft wurden die Gewerbe handwerksmäßig betrieben, eine Industrie mit ausgedehnter Verwendung mechanischer Kräfte gab es nicht. Aber Betrieb war Kleinbetrieb, nur für die Bedürfnisbefriedigung der oder eines Teiles der Stadtbewohner berechnete. Für das Mittelalter ist ein starkes genossenschaftliches Streben charakteristisch. Dieses finden wir — ganz natürlich — in hervorstechendem Maße beim Gewerbe; bei ganz Gewerbebetriebe der Städte baute sich auf dem genossenschaftlichen Prinzip auf. Es wurde verwirklicht in den Zünften, wesentlich rechtlichen Korporationen mit wirtschaftlichen und sozialen Zwecken. Verbindung zur Ausübung eines Gewerbes war vorüberwiegend obligatorische Pflicht, später eine ebensoartige Gesellschaft. Die Zünfte waren die gewerbetreibenden Organe der Stadtwirtschaft; sie hatten durch die „Schau“ darüber zu wachen, daß nur gute, den Forderungen des Gewerbes geeignete Ware verkauft wurde. Wurde so einerseits das Interesse der Konsumenten wahrgenommen, so andererseits das der Zunftmitglieder. Die Zunft bestimmte den Preis der einzelnen Ware; sie sorgte vor allem, daß kein Meister etwa — zum Schaden der andern — seinen Betrieb zu sehr vergrößerte. Daran hinderten ihn die Bestimmungen über die Anzahl der Gesellen und Lehrlinge, die jedem Meister zu halten gestattet war. Ihrer wirtschaftlichen Zweckbestimmung wurden die Zünfte vollkommen gerecht — sie sorgten dafür, daß die Stadt mit den nötigen Gewerbeprodukten versehen wurde. Daneben erfüllten sie noch eine andere höchst bedeutungsvolle Funktion. In der Produktionszweigen bestimmten Bestimmungen war eine Uebersicht über die Produktion so gut wie ausgeschlossen; die Produktion war genau dem Bedarf angepaßt. Allerdings darf hier nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Markt, für den sie zu sorgen hatten, klein war und daher leicht übersehen werden konnte. Bei einem Weltmarkt, wie er heute besteht, darf man sich über eine Anarchie der Produktion im Zu-

stande der freien Konkurrenz nicht verwundern, weil eben der Markt schwerer übersehen werden kann.

Die Zünfte erfüllten auch eine große soziale Leistung, indem sie jedem Handwerker für ein auskömmliches Dasein sorgten. Für den Arbeiter besonders interessant ist die soziale und wirtschaftliche Lage der Gesellen. Da muß daran festgehalten werden, daß in erster Hinsicht — wenigstens zur Hälfte der Zünfte — ein Verhältnis der Unterordnung zwischen Meister und Geselle nicht bestand, beide standen auf der gleichen sozialen Stufe. Eine eigentliche Arbeiterchaft in unserem Sinne existierte allerdings nicht. Das Gesellentum war nur eine Durchgangsstufe zum Meistertum. Diese Tatsache ließ einen Antagonismus zwischen Meister und Geselle nicht aufkommen. Daher wurden die Verhältnisse dieser auch in den Zunftversammlungen der Meister geregelt. Allerdings hatten die Gesellen schon früh ihre „Verbrüderungen“ d. h. Korporationen von Gesellen, doch verfolgten sie in der ersten Zeit ihres Bestehens rein religiöse Zwecke. Das änderte sich aber nach und nach; es entstanden „Gesellenläden“ über ein ganzes Land, die für den Gesellen zur Zeit der Krankheit sorgten, ihn mit Mitteln versahen usw. Die Verträge der Mitglieder waren teilweise recht hoch. So wird uns berichtet, daß die Schweizer- und Baslergesellen von Freiburg 1481 einen Beitrag von 1 M. Eintrittsgeld bezahlten, der dem Wert von anderthalb bis Tagelöhnen entsprach.

Im übrigen war das Verhältnis zwischen Meister und Geselle ein durchweg patriarchalisches. Jener übte eine sittliche Verantwortung für das Verhalten dieses, zahlreiche enge Beziehungen, die außerhalb des reinen Arbeitsvertrages standen gingen noch darüber und darüber. Der Geselle schlief und aß im Hause des Meisters, erst später, im 14., 15. Jahrhundert kam der Strohlohn und damit eine immer größere Trennung zwischen beiden auf. Die Ansprüche an die Leistungen der Gesellen waren keine geringen, lange Arbeitszeit bei verhältnismäßig geringem Lohn war die Regel. Was die ersten Arbeitstriebe, so dauerte sie vielfach vom Anbruch des Tages bis zum Eintritt der Dunkelheit. Als in allen das mit Bezug auf das einigangs Ansehliche konstatiert werden, daß die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung auf die angegebene Weise am besten ihre Befriedigung fanden — unter den gegebenen Verhältnissen der Stadtwirtschaft.

Von nicht zu unterschätzendem Einfluß auf das ganze Wirtschaftsleben war aber auch das wertvolle Christentum, das alle Kreise der Bevölkerung durchdrang. Das genossenschaftliche Prinzip, das wir hier in seiner höchsten Blüte verwirklicht sehen, ist der Ausfluß des christlichen Geistes. „Einer für alle, alle für einen“ das ist der Gedanke, der uns immer wieder entgegentritt. Im Geschäftsleben war strenge Gerechtigkeit, die ihren Grund in den Geboten der Religion hatte; eine Ueberschneidung durch unlautere Mittel wurde allgemein durch Strafen, gesellschaftlich durch Verachtung geahndet.

Am schönsten und herrlichsten aber zeigt sich das Christentum im Verhältnis von Meister zum Gesellen. In diesem wurde nicht nur ein Ausbeutungsobjekt erblickt, sondern ein Mensch mit höherer Zweckbestimmung. Die Anforderungen an die Gesellen waren groß, teilweise sehr groß — aber nicht größer als die, die der Meister an sich stellte. Das gleiche gilt in sittlicher Hinsicht. Der Arbeitgeber mußte dem Gesellen auch Beispiel in sittlich guter Führung sein und der Meister war sich der Verantwortung wohl bewußt, die er gerade in dieser Hinsicht hatte. Mit Strenge und Milde wickte er darauf hin, daß der Geselle ein braver Mensch blieb und wie um einen Sohn trauerte er, wenn er verloren ging. Die Gesellen hinstanden um fügten sich meist gern dem Willen des Meisters, weil sie vom gleichen Geiste befeuert waren wie dieser. Sie wußten, daß sie an ihrem Meister einen väterlichen Freund hatten, zu dem sie mit Vertrauen kommen konnten, der sie in Zeiten von Krankheit und Not nicht als unannehmliches Werkzeug im Stiche ließ, sondern väterlich nach Kräften für sie sorgte.

Wir haben in der Blüte der Zunftzeit eine Erscheinung, die geradezu typisch ist für die Wechselwirkung von Religion und Wirtschaftsleben. Die Zeiten wurden andere, die wirtschaftlichen und sittlichen Voraussetzungen änderten sich. Doch darüber soll uns ein zweites Mal Aufschluß geben.

### Momentbilder vom sozialdemokratischen Parteitag.

Wer könnte sie nicht, die stereotypen Formel, die jedem „Genossen“ geläufig und die da lautet: „Alljährlich versammeln sich die deutsche Sozialdemokratie zu einer Versammlung, um vor versammeltem Streikvolk in aller Öffentlichkeit Redenschau abzugeben über ihre Tug und Laster.“ So die stolze Formel, die indes durch die Wirklichkeit längst als Phrase gekennzeichnet ist. Die „schmutzigen Wäsche“ im roten Lager häuft sich in erschreckender Weise — trotz des angeblichen „Generalreinmachens“ auf den Parteitag. Die „Wäsche“ führt zu keinem Resultat, da man sich über das „richtige Rot“ nicht einig wird, denn rosa ist so gut rot wie rot, rötler, noch rötler und am rötlichsten auch; und doch ist auch wieder zwischen der Farbe des blutigen Axtels der russischen Rosa und derjenigen der Kravatte eines Prinzeninnenbesüßers oder Großherzogs ein abgrundtiefer Unterschied. Das Rot der einen Richtung ist eine Peinlichkeit für den Geschmack der andern, die angebliche „große Wäsche“ wird so zur Kapalgerei — und diese Kapalgerei wird dann schließlich verlagert mit der einmütigen Konstatierung, daß man, trotz einiger blauen Beulen, weder schwarz noch blau noch gelb oder grün, sondern „rot“, d. h. „einig“ aus dem „Jungbrunnen“ hervorgegangen sei.

Ein so gearteter „Jungbrunnen“ war auch wieder der diesjährige rote Parteitag in Jena. Das in die Öffentlichkeit gelangte Scheinresultat, der Marofforummel, der Stuttgarter Parteifandal, die Mailier u. a., das alles waren im Grunde genommen nur die äußeren Anlässe zu einer neuen Kapalgerei zwischen den Trägern der verschiedenen Nuancen um das „echte“ Rot. Nach den Veräulen der roten Presse schwanm natürlich in Jena alles in eitel Dummheit vor purer „Einigkeit“. Und natürlich sind die links- und immer linker werdenden Bewunderer der „großartigen Bewegung“ derselben Ansicht.

Das hindert uns aber durchaus nicht von dieser Seite eine eigene Ansicht zu haben. Und diese unsere Ansicht wollen wir illustrieren durch einige Momentbilder (Naturanfahrungen) vom roten Parteitag in Jena, die wir nachstehend unseren Kollegen und Kolleginnen unterbreiten, damit sie sich selbst ein Urteil darüber bilden können, ob der Arbeiterstand von einer solchen „Kultur“bewegung etwas erwarten darf.

Schon gleich bei Beratung des Vorstandsberichtes ging es los. In Sachen des Geheimratsbeschlusses bemüht sich die schärfste Regisseure von Dresden im Verein mit den kundigen



3. Auf jeden Krankheitsfall entfallen unterstützungs- berechnete Krankheitsstage:

Bei der Orts- Krankenkasse Essen 15,3	Bei der Betriebs- Krankenkasse der Firma Krupp 18,3	Bei den Gelben 19,46
--	--	-------------------------

Hierbei ist auch noch zu berücksichtigen, daß die hohe Zahl der auf einen Krankheitsfall entfallenden Krankheitsstage bei der Betriebskrankenkasse der Firma Krupp gegenüber der Zahl bei der Ortskrankenkasse zum Teil ihre Erklärung in der Bezahlung des Krankengeldes an Sonntagen findet. Bei der gelben Krankenkasse hingegen hat man die Bezahlung des Krankengeldes an Sonntagen nicht, und trotzdem überträgt die Zahl der Krankentage noch die der Kruppischen Betriebskasse.

4. Von je 100 krankfeiernden Mitgliedern bezogen volle 26 Wochen Krankengeld:

Bei der Betriebskrankenkasse der Firma Krupp 5,3	Bei den Gelben 8,5
--	-----------------------

Am Lehrreichsten ist unzweifelhaft die Gegenüberstellung unter Punkt 2.

Der vorstehende Zahlenvergleich läßt nicht nur einen Schluß auf die Qualität der Mitglieder zu, sondern er beweist auch unwiderleglich, daß die Kruppische Betriebskrankenkasse durch die gelben Vereinsmitglieder in einem bedeutend stärkeren Maße in Anspruch genommen und belastet wird, als durch die übrigen Kruppischen Arbeiter; denn alle krankfeiernden Mitglieder der gelben Krankenkasse beziehen auch gleichzeitig ihre Bezüge aus der Kruppischen Betriebskrankenkasse. Aber auch keine sonstige Nebenklasse hat derartige Krankenziffern aufzuweisen, wie die der Gelben. Wenn früher schon einmal in einem Jahresbericht der Kruppischen Betriebskrankenkasse auf die stärkere Inanspruchnahme der Klasse seitens solcher Mitglieder, die Nebenklassen angehören, hingewiesen wurde, so mag der Zeitung der Kruppischen Betriebskrankenkasse nach der Richtung hin die gelbe Vereinsklasse zur Beachtung empfohlen sein.

Daß die gelbe Vereinsleitung die „Christlichen“ besonders ins Herz geschlossen hat, geht auch wieder aus der Broschüre hervor. Auf die alten Traden, die dort zum sozialistischen Male wiederholt werden, einzugehen, lohnt sich wirklich nicht. Die christlichen Gewerkschaften, „diese 99prozentigen Sozialdemokraten“ (ein beliebtes Schlagwort des Verfassers), werden mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften in einen Topf geworfen und auch ihnen gegenüber wird auf Seite 80 betont:

„daß eine gemeinsame Arbeit vollkommen ausgeschlossen ist. Hier gibt es nur einen Kampf auf der ganzen Linie.“

Dieser „Kampf auf der ganzen Linie“ hindert den Verfasser nicht, ein Zehntel darüber anzukommen, daß die christlichen Vertreter bei der letzten Wahl zum Kruppischen Pensionskassenrat nicht mit den Gelben gemeinsame Sache gemacht haben, um so einen ihrer Mitglieder in den Vorstand zu bringen, wodurch die „Christlichen“ bewiesen haben sollen, „daß sie die Arbeiterschaft des Westens verstehen.“

Daß die Gelben diese Stellungnahme der „Christlichen“ immer noch nicht begriffen haben, stellt ihrem Denkbemühen sicher nicht das beste Zeugnis aus.

Auch einen „Jahresabschluss“ weist die Broschüre auf, der aber an Klarheit sehr viel zu wünschen übrig läßt. Als Beiträge der Mitglieder und der Firma sind dort summarisch 132 761,34 Mark angegeben. Von dieser Summe sind aber nach einer ziemlich genauen Berechnung mindestens 45 000 Mark von der Firma gestiftet, wofür sich allerdings die Gelben dankbar erweisen müssen. Die wenig detaillierte Ausgabenzusammenstellung beweist, daß man allen Grund hat, hier nicht zu weit einen Einblick in die einzelnen Konten zu gestatten.

Damit das 116 Seiten starke „Werkchen“ den nötigen Umfang bekommt, werden 10 Seiten mit Abbildungen der gelben Arbeiter- und Beamtenkolonie, 12 Seiten mit dem Verzeichnis der Obmannen und 18 Seiten mit den Vereinsstatuten gefüllt, und das ganze nennt man dann selbst im eigenen Vereinsorgan „eine wertvolle Bereicherung der Literatur für „unsere“ nationale Arbeiterbewegung“. Mehr an Bescheidenheit kann man füglich auch von Gelben nicht verlangen. Die christlich organisierten Arbeiter aber bilden mittelmäßig auf die armen „Kranken“ Gelben herab und werden nun erst recht dahin arbeiten, daß die Arbeiterschaft des Westens „gesundet“. — Und wenn die Gelben das „berauschen“ schimpfen, so wollen wir ihnen dafür gern mitbedenke Umstände zubilligen, wenn ein Organismus, der zu 80,66 Prozent krank ist, hat einen berechtigten Anspruch darauf, — pathologisch genommen zu werden.

Aus der Arbeiterbewegung.

Landeskonferenz der christlichen Gewerkschaften im Großherzogtum Oldenburg und im Freistaat Bremen.

Am Sonntag, den 24. Sept. fand im Hotel zum Krampfen in Oldenburg i. O. eine Landeskonferenz der christlichen Gewerkschaften für die obenbenannten Gebiete statt, an welcher 42 Delegierte teilnahmen. Die konfessionellen Arbeitervereine Oldenburgs hatten eine Anzahl Vertreter entsandt, was von der Konferenz freudigst begrüßt wurde. Nach Erledigung geschäftlicher Formalitäten erstattete der Sekretär des Gesamtverbandes, Kollege Hartmann-Hamburg, einen umfangreichen Bericht über den Stand und die weitere Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung im genannten Gebiet. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß die christlichen Gewerkschaften in Oldenburg und Bremen sich eine feste Position geschaffen haben, wodurch ein weiteres Erfolgen der Bewegung zu erwarten ist. Es bestehen zur Zeit 48 Ortsgruppen mit rund 2380 Mitgliedern. Ortsartikel sind sieben vorhanden.

Nach einem weiteren instruktiven Referat des Kollegen Jumbro-Hannover über praktische Arbeit in den Ortsgruppen, wurde in die Generalbesatzung eingetreten, wobei sämtliche Disziplinierungsredner eine regere geistige Schulung erkennen ließen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand das Referat des Kollegen Böhmcke-Hannover über: „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der christlichen Gewerkschaften.“ In markanter Weise erbrachte Redner den Nachweis, daß die christlichen Gewerkschaften einen unverkennbaren, im Interesse des Arbeiterstandes liegenden Einfluß im Wirtschaftsleben ausüben. Der

von allen Anwesenden beifällig aufgenommene Vortrag wird seine Wirkung nicht verfehlen. Kurz zusammenfassend darf gesagt werden, diese in jeder Beziehung harmonisch verlaufene Tagung hat bei allen Beteiligten neue Begeisterung für unsere Ideale ausgelöst. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am Sonntag, den 24. 9. 1911, in Oldenburg tagende Konferenz der christlichen Gewerkschaften erklärt, daß in alien Orten des Reichs mit aller Energie in die Agitation für die Durchsetzung der christlichen Gewerkschaftsbewegung einzutreten wird. Die Delegierten werden mit aller Kraft für ein kräftiges Hand-in-Hand-Arbeiten in den Kartellen, für eine stärkere finanzielle und irdelle Stärkung der Agitations- und Bildungsmittel in den Kartellen eintreten. Die Konferenz erklärt ferner, daß mit allem Nachdruck die Waisenkinderkassen mit den konfessionellen Vereinen gepflegt und Maßnahmen ergriffen werden, um die gegenseitige Durchschlagkraft zu fördern. Zum Schluß fordert die Konferenz alle Ortsgruppen auf, mit Ernst sich den gewerkschaftlichen und konfessionellen Organisationen der schulentlassenen Jugend zu widmen.“

Darauf wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung vom Vorsitzenden, Kollegen Rahm, geschlossen.

Wald zentralistische, bald nationalliberale Gewerkschaften.

In einem Artikel in Nr. 222 vom 21. Sept. der sozialdemokratischen „Düsseldorfer Volkzeitung“ der das Stärkewerhältnis der „freien“ Verbände gegenüber den christlichen in Rheinland-Westfalen dazum soll, heißt es u. a.:

„Dann stehen den christlichen Gewerkschaften noch andere Parteien als das Zentrum nahe. Evangelisch-nationalliberale und christlich-sozial-antijüdische Arbeitervereine gehören in genannten Provinz zu Tausenden den christlichen Gewerkschaften als Mitglieder an.“

Die Befürchtung, daß den christlichen Gewerkschaften auch noch andere Parteien als das Zentrum nahe stehen, daß nationalliberale, christlich-soziale und antisemitische Arbeitervereine zu Tausenden den christlichen Gewerkschaften angehören, ist doch schlecht in Uebereinstimmung zu bringen mit den sonst üblichen Verdächtigungsverfälschungen der Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften seien Zentrumsgewerkschaften. Die „rote“ Presse kann eben alles „beweisen“, was bewiesen werden muß. Sie „beweist“ ihren Leuten heute, daß die christlichen Verbände zentralistisch sind, morgen aber, daß sie ganz mit der nationalliberalen Partei verknüpft sind. Von viel Vertrauen an die Urteilskraft der Leser zeugt das gerade nicht.

Scharfmacher und Sozialdemokratie Arm in Arm gegen die christlichen Gewerkschaften.

Den Sozialdemokraten ist Feil widerfahren. In ihrem leidenschaftlichen Kampf gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung ist ihnen ein Helfer erstanden. Zwar aus Kreisen, denen die Sozialdemokratie angeblich als schärfster Gegner gegenübersteht, die von ihr sonst in der Regel als die Blutmenschen, als Volkshausbesitzer, Bluffinger und Ähnliches tituliert werden. Was macht, im Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften sind plötzlich willkommenere Kronzeugen und Hebenswerter Bundesgenossen.

Die sozialdemokratische Presse will ein Protokoll der Hauptversammlung des Rednerverbandes vom 27. Mai d. J. erwidern haben und kann nun mit diabolischer Freude daraus mitteilen, daß der Geschäftsführer des Rednerverbandes, Herr von Loewenstein, in seinem Bericht den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter in der gehässigen Weise bekämpft hat, während der sozialdemokratische Verband auffallend glimpflich behandelt, hier und da sogar herausgehört wird. In den Angriffen Loewensteins findet man sonderbarer Weise die nämlichen Argumente wieder, die in der sozialdemokratischen Sache schon zum Ueberdruß wiederholt wurden. Nicht Sorge um die Arbeiterinteressen, sondern kirchliche Einflüsse resp. politische Gründe hätten den Gewerkschaften zu seiner Taktik bei der letzten Lohnbewegung der Ruhrbergleute bestimmt. Von diesem der Wahrheit entgegengesetzten Standpunkt geht die Loewensteinische Kritik aus und ist danach sachlich zu bewerten.

Der Wortführer der Rednerbesitzer hat zum Schluß gemeint, der Gewerkschaften könne dem Verband nur dankbar sein, daß er nicht gestört habe, sonst würde sein (des Gewerkschaften) Mitgliederbestand noch mehr geschwächt worden sein. Solchen Unsinns versetzt der Geschäftsführer einer der größten Unternehmerorganisationen! Der Mitgliederbestand des Gewerkschaften ist durch seine Taktik bei der letzten Bewegung nicht geschwächt worden, sondern hat sich noch vermehrt, und ein eventueller Streik würde nicht dem Gewerkschaften, sondern Anderen zum Verhängnis geworden sein. Weil dies die Macher bestimmt voraussehen, nur deshalb unterblieb er.

Darüber sind sich die christlichen Arbeiter aber nicht im unklaren, daß die stützigen Fragen des Arbeitsverhältnisses mit Unternehmern von der Gewinnungsart Loewensteins einmal mit Machtmitteln zum Austrag kommen werden; aber den Zeitpunkt und die Taktik behalten sich die christlichen Arbeiter vor selbst zu bestimmen. Und auf die Sympathien und Lobspüche solcher Unternehmerführer wie Loewenstein verzichten sie neidlos. Die Sozialdemokratie kann sich nicht tiefer erniedrigen und nicht besser selbst kennzeichnen, als wenn sie mit dem von Scharfmachern gelieferten Material gegen die christlichen Gewerkschaften zu Felde zieht.

Rundschau.

Die Prozesspatrioten sind bekanntlich nie um eine Begründung verlegen, wenn es sich darum handelt ihren Profit zu sichern. Dafür die durch Hitze und Dürre hervorgerufene vorübergehende Teuerung nicht die Begründung zu einer Preissteigerung liefern muß, das geht nicht auf sämtliche Rundschau zu beiden Seiten der Mainlinie. Den Vogel haben in dieser Hinsicht wohl die Hausbesitzer in Oberfeld abgeschlossen. Sie konstruieren die Teuerung zu einer konstanten, welche ohne Zweifel die weitere „angemessene“ Verzinsung der Häuser in Frage stelle und das Feigenblatt für eine Mietsteigerung ist gefunden. Was ist denn eigentlich „angemessen“? Liegt man die Verkaufsanzeigen der Hausbesitzer in der Großstadt, dann ist immer nur die Rede von mindestens siebenprozentigen Zinshäusern. Das ist doch wohl reichlich „angemessen“. Die Oberfelder haben auch noch „Menschenverstand“ in ihrer Mitte; diese wollen gar in Zukunft die Rente direkt beim Arbeitgeber in Empfang nehmen. Inter-

dingt ist der Antrag, „weil zu unverständlich“ abgelehnt worden. — Ob diese Leute nicht auch zugleich ein Verbot der Freizügigkeit haben wollen?

Die Aufsichtsratsstrukturen betreffen das finanzielle Ergebnis unserer Industrie ganz beträchtlich. Das zeigt ein Blick in die Resultate der Einkommensteuer. Nach dem statistischen Jahrbuch ist dem Deutschen Reich aus dieser Steuer in den letzten vier Jahren die Summe von 16 463 200 M. zugeflossen. Wie schwer die einzelnen Industriezweige unter der Aufsichtsratsprüfung „seufzen“, erkennt jeder Unbefangene aus den diesbezüglichen Ziffern des Pönitz, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb. Der Pönitz zahlte in den letzten 5 Jahren an Gewinnanteilen insgesamt das nette Einkommen von 7 538 232 M. Diese Summe floß in der angegebenen Zeit allein in die Taschen der Aufsichtsräte und Generaldirektoren. Auf jeden der Aufsichtsräte kamen im Vorjahre durchschnittlich 55 000 M. und in diesem Jahre 65 000 M. Hier wäre den Landbesitzern, welcher der Öffentlichkeit das „Uebermaß der sozialen Lasten“ muthmaßlich zu machen suchen, eine günstige Gelegenheit zur Bekämpfung mit Vermögensvermehrungen geboten. Die Einkommen nahmen vom Meiningener in Anspruch: 08/09 = 6,6%, 09/10 = 7,4% und 1910/11 = 8,1 Prozent. Trotz der unerträglich hohen sozialen Lasten bewegen sich die Einkommen kräftig nach oben.

Die Lage des Drahtmarktes ist zurzeit unerschütterlich denn je. Die Aufstufung der Preisvereinbarung hat der Schleudertechnik Tür und Tor geöffnet. Werden doch nach der Köln. Volkstg. die fertigen Drahtnägel schon billiger angeboten als der gezogene Draht. Während der Grundpreis des gezogenen Drahtes 13,75 M. für 100 Kilogr. beträgt, sind Stifte das gleiche Quantum für 13,25 M. von einem rheinischen Werk angeboten worden. Entsprechend dem Grundpreis des Drahtes müßten die Stifte mindestens auf 14,50 M. stehen. Die werden aber nicht erzielt. Die Preisrückgänge liegen nicht im mangelhaften Bedarf, sondern im Arbeitsrückgang der großen gemischten Werke, die ihr Halbzeug selbst weiterverarbeiten. Der inländische Bedarf ist gut, das Ausfuhrgeschäft aber wenig aufbringend, so daß abgesehen vom Bedarf der Drahtmarkt seit Jahren kein so unerfreuliches Gesicht gezeigt hat, als jetzt. Wie die A. V. meint, soll die Preissteigerung nur den Zweck haben, die widerstreben Elemente für ein Sympbilat gefällig zu machen. Hoffentlich dauert dieser unfinnige Kampfzustand nicht allzu lange.

Neue Fusionen und Kapitalerhöhungen in der Metallindustrie meldet die Handelspresse. Die Mannesmannhüttenwerke beschließen, das Stahl-, Blech- und Röhren-Werk Gesellschaft Grillo, Funke und Co. in Gelsenkirchen-Schalke gegen Herausgabe von drei Mill. Mark Aktien, welche für das laufende Geschäftsjahr 4 Prozent Zinsen erhalten und vom 1. Juli 1912 ab den alten Aktien gleichberechtigt sein sollen und die für längere Zeit gesperrt bleiben, zu kaufen. — Die Hoeschfabrik Kuppferbusch in Gelsenkirchen will ihr Aktienkapital zwecks Erweiterung des Betriebes um 500 000 M. erhöhen. — Im Siegerland bereitet sich eine Verschmelzung zwischen der Charlottenhütte, der Eisenerz Hütte und dem Eisenerzharter Tiefbau vor. Die beiden letzteren sollen in der Charlottenhütte aufgehen. Am 6. Oktober soll die Verschmelzung abgeschlossen werden.

Aus der Metallindustrie. Der Aufsichtsrat der Maschinenfabrik Kappel schlägt 28% Dividende vor und beantragt eine Kapitalerhöhung um 450 000 M. durch Ausgabe von 375 Aktien zu 1200 M., die den bisherigen Aktionären zu 300 Mark angeboten werden sollen. — Die Kapitalerhöhung hat exzessive, denn die Aktionäre brauchen für einen Wert von 1200 M. nur 377 M. gleich 31% zu zahlen, von der ganzen Summe 450 000 M. werden ihnen also 337 500 Mark geschenkt. — Die Sächsische Webstuhlfabrik vorm. Louis Schönberr schlägt wiederum 15% Dividende vor, bei 150 000 Mark ordentlichen Abschreibungen und 60 000 M. Ueberweisung an die Dividendenrücklage. — Die Munitionsmaterial- und Metallwerke Friedrichs-Ruffermann A.-G. in Weidenburg schlägt vor, für 1910/11 15% (i. H. 10%) Dividende zu verteilen. 30 000 M. der Rücklage II zu überweisen und 28 000 Mark vorzutragen. — Der Lothringener Hüttenverein Vunmeh-Friede erzielt einen Nettogewinn von 9 742 731 M., abgeschrieben werden ca. 3 Mill. M., sodas ein Reingewinn von 6 822 540 verbleibt. Die im Laufe des Geschäftsjahres erworbene Beche Viktor hat zu diesem Ergebnis noch nicht beigetragen; deren Ueberträge für das Jahr 1910 sind vielmehr ganz zu Abschreibungen auf ihre Anlagen verwendet worden. Der Reingewinn soll wie folgt verwendet werden: Rückstellungen 1 050 000 M., Woffabrikswende 100 000 M., Dividende 12% auf des erhöhte Aktienkapital von 45 000 000 M. und 617 828 M. als Vortrag. — Der Reingewinn der Sächsischen Gußstahlfabrik Döhlen bei Dresden beträgt nach 698 100 Mark Abschreibungen 1 052 574 M. Daraus werden 15% (12%) Dividende gleich 562 000 M. verteilt. Die Einkommen betragen 115 608 M. — Die Maschinenfabrik R. Ley in Arnstadt (Th.) erzielt einen Reingewinn von 165 224 M. gegen 89 379 M. im Vorjahre. An Dividende werden 8% = 94 360 M. und an Einkommen 37 612 M. verteilt. Die Einkommen erfordern also 23% vom Reingewinn. — Die Waffensabrik Weyerberg und Rirschbaum in Solingen erzielt nach 159 143 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 341 645 M. An Dividenden werden 8%, gleich 224 000 M. ausgeschüttet. — Das Eisen- und Emailwerk Thal a. S. plant eine Kapitalerhöhung um 1 212 000 M.

Wie die Bandalen haben am Sonntag, den 17. September, die Sozialdemokraten in Wien gefaßt gelegentlich einer Straßendemonstration. In ganzen Straßenzügen blieb kein Fenster ganz. Pöbeln den demonstrierenden Genossen und Polizei und Militär kam es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen, wobei eine ganze Reihe von Verletzungen und ein Toter zu verzeichnen war. Der deutschen Sozialdemokratie sind die vorgekommenen entsetzlichen Greuel außerordentlich unangenehm, daher will sie den Behörden die Schuld an dem vergossenen Arbeiterblut zuschieben. Das gelingt ihr nicht, wie nachfolgende Dokumente zum klaren Sonntag dazum. Die Osterreichische Rundschau stellte eine Reihe Vorkänge zusammen, welche die Schuld der Sozialdemokratie an den bedauerlichen Vorfällen zweifellos dazum. Das Blatt stellt fest:

Der Abg. Schuchmeier, einer der sozialdemokratischen Oberführer, hat in seinem Wochenblatt einen Aufsatz vor den Sonntagstrasaden veröffentlicht, worin es heißt: „Wird die Regierung erst hören, wenn die Fenster kirren... wenn es zu Kravallen kommt?“ In einer Versammlungsgrede am 5. September hat er gesagt: „Und wenn der österreichische

Ministerpräsident die Feindes Kisten und die Strafen erschließen lassen will von Ausen der Verweisung, so kann er das erleben.“ In einer Kärntner Versammlung sagte der Abgeordnete Polke: „Unsere Gebuld ist zu Ende. Und wenn das Volk jetzt wieder auf die Straße steigt, dann wird es sich nicht mehr viel darum kümmern, ob es dabei sehr gefährlich zugehen wird oder nicht.“ In einer Briggellener Versammlung am 7. September verkündete der Abgeordnete Winarsky: „In dieser großen Not muß das Volk zur Selbsthilfe greifen.“ Das sind alles Worte, die unmittelbar zu den Wiener Genossen gesprochen sind.

In einer Reichstagsbesprechung am Samstag erwiderte ein Genosse am Sonntag würden in Wien Tausende von Feindeskeulen zertrümmert werden. In einer Kärntner Versammlung erklärte ein sozialdemokratischer Abgeordneter: „Wir werden der Verweisung der Arbeitermassen freien Lauf lassen.“ In einer Versammlung in Stadlau broste ein Genosse: „Selbst die Versammlungen nicht, nun, dann gibts noch andere Methoden des Kampfes.“

Diese Feststellungen sind so gravierend, daß die soz. Presse darob die Sprache verlor. Es bleibt also dabei, daß die Sozialdemokraten die Schuld an dem vergrößerten Arbeiterelend tragen. Zu diesem Zusammenhang sei auch noch auf etwas anderes hingewiesen. Blätternebeln folgen aufeinander an dem sozialdemokratischen Demonstrationsumzug in Wien auch christliche Gewerkschaften teilgenommen haben. Demgegenüber wird vom Wiener Sekretariat der christlichen Gewerkschaften mitgeteilt, daß die christlichen Gewerkschaften Wien an der Demonstration nicht nur nicht teilgenommen, sondern auch von der Teilnahme öffentlich abgeraten haben.

Von der sozialdemokratischen Konsumvertragsfabrik in Gröba lesen wir in Nr. 38 der Eisenindustrie wenig erbauliche Dinge. Zwischen dem sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband und der Gröba-Eisenfabrik ist ein Tarif abgeschlossen worden, durch den die Arbeitslöhne nach drei Klassen festgelegt worden sind. Hilfsarbeiter sollen im Lohn steigen von 20 bis 22 M. innerhalb dreier Jahre, Betriebsarbeiter von 22 bis 24 M. und Vorarbeiter von 24 bis 30 M. pro Woche. Große Unzufriedenheit erregte bei den Arbeitern zunächst das von den „freien“ Gewerkschaften und von der sozialdemokratischen Partei über- als bekämpfte System der Vorkarbeiter. Reichstagsabgeordneter Roske nannte es im Reichstage beim letzten Ministerrat ein „unhaltbares, fluchtwilliges Antreibsystem“. Die Arbeiter im sozialdemokratischen Gröbaer Betriebe wurden aber mit diesem Antreibsystem beglückt. Auf 187 Arbeiter und Arbeiterinnen kommen 1 Geschäftsführer, 1 Betriebsleiter, 3 Ziehmesser, 1 Bodenmeister und 16 Vorkarbeiter, also fast auf jeden armen Arbeiter ein „Aufpasser“ oder „Antreiber“. Trotz des unter Mitwirkung des soz. W. Reichstagsabgeordneteren Tarifvertrages kümmerten sich die „Kaufleute“ der roten Eisenfabrik den Teufel um die Vereinbarungen. Sie akkten den Betriebsarbeitern statt der tariflich festgelegten 22—24 M. Wochenlohn nur 20 M. Nach diesen W-agen verließen den Leuten wöchentlich 18,90 M. Der Arbeiterausschuß konnte nichts erreichen, weil die leitenden Genossen sich auf nichts einließen. Nach langem, langem Warten erhellte dann endlich die Leute den vereinbarten Lohn.

Später merkten die Arbeiter der sozialdemokratischen Fabrik, daß ihre Löhne bedeutend niedriger waren wie in gleichartigen in der gleichen Betriebe, und sie wünschten eine Teuerungszulage von zwei Mark wöchentlich. Eine Teuerungszulage gab es nicht, statt dessen wurden die bittenden Arbeiter auf wiederholtes Drängen von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Vorsitzenden des roten Fabrikarbeiterverbandes brieflich geantwortet — wegen der unbeschreiblichen Forderungen! Ein Brief, der vom Reichstagsabgeordneten, dem Sitz des Fabrikarbeiterverbandes, unterzeichnet war, sagte der Absage die geradezu schändliche Bemerkung bei: „Wir sind nicht schuld, daß die Arbeiter hungern müssen, daran sind sie selbst schuld. Warum arbeiten sie denn dort?“

Der Geschäftsführer Lorenz der roten Eisenfabrik erklärte den Teuerungszulage oder Lohnerhöhung eingekommenen Arbeitern einfach: „Wir können keinen Zulagezustand erreichen. Ich weiß, daß mit 1100 M. keine Familie bestehen kann, aber mehr können wir nicht geben: wem's nicht paßt, der kann ja gehen.“

So sehen die „Weltverbesserer“ in der Praxis aus. In der Kritik antworten sie eine unübersehbare Mundfertigkeit. Da rufen sie im Brüllen der christlichen Ueberzeugung aus: „Die Verhältnisse haben sich nach den Bedürfnissen der Arbeiter zu richten“ — so Polrony vor einigen Wochen in Großenbaum. Diesen schönen Satz aber in den eigenen roten Betrieben in die Tat umzusetzen — ja Bauer, das ist etwas anderes. „Wem's nicht paßt, der kann ja gehen.“

„Der Klassenstaat als Geldgeber der Sozialdemokratie“, so könnte man ein Kapitel unter-schreiben, welches jetzt in Dortmund öffentlich geworden ist. Der sozialdemokratische Konsum- und Sparverein Dortmund erhielt von der Regierung eine Subvention von 7000 Mark für ein Automobil, muß dieses aber der Militärverwaltung für den Fall eines Krieges sofort zur Verfügung stellen. Das ist eine merkwürdige praktische Anwendung der theoretischen Parteitagresolution gegen den mörderischen Militarismus von der bürgerlichen Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Dortmund Arbeiterzeitung gibt die Tatsache zu und meint, sie seien nun mal so schlecht und solche Schwächer und können auch vom Staat Geld. Siebzehntausend Mark seien kein Pappenstiel, da ließe sich mancherlei mit anfangen. Das glauben wir schon, namentlich wenn man bedenkt, daß einige hundert rote Konsumvereine bestehen: darunter manche recht große, die mehr als ein Automobil brauchen. Wenn da der Klassenstaat für jedes Auto 7000 M. heranzückt, dann liefert ihnen der Todfeind die Mittel für die Zukunfts-gesellschaft. Was willst du noch mehr. Bei dieser Sachlage kann man zur Annahme versucht sein, daß das rote Kriegsgeld nur vor der Sorge um den Verlust der staatl. subventionierten Automobile diktiert wurde.

Unheimlich angeschuldigt werden sind in letzter Zeit die Unterstützungen der freien Gewerkschaften für den sozialdemokratischen Wahlfonds. Die Listen der verschiedenen Orte wird jetzt durch die Abschmung des sozialdemokratischen Vereines des Reichstages offen für die Zeit vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 wirksam ergänzt. Unter den Einnahmen für den Wahlfonds finden sich Beiträge von Gewerkschaften: Gewerkschaftskartell Offen 500 M., Deutscher Metallarbeiterverband 300 M., Deutscher Bauarbeiterverband 260 M., Land-

arbeiterverband 100 M., Verband der Bauern 30 M., Verband der Steinarbeiter 20 M., Verband der Wäcker 6 M., gabriel-arbeiterverband 5 M., zusammen 1221 M. Außerdem sind da noch eine Anzahl anderer Posten wie Ueberschuß vom Metallarbeiterfest 27,50 M., Ueberschuß vom Vergarbeiterfest 25 M., Ueberschuß der Holzarbeiter 13,20 M., von den Bundesleitern der Arbeiter-Fg. 15 M. usw., die man wohl auch als Beiträge aus Gewerkschaftsmitteln bezeichnen kann. Ein erheblicher Teil davon geht zur Zentralpartei-kasse nach Berlin, welcher Bericht in Jena, wo das Geld bleibt. Eine halbe Million Mark ging nach Russland in die Taschen der Revolutionäre. Ob der Revolutionäre und Polizeispindel, welcher den russischen Ministerpräsidenten ermordete, von der halben Million auch was abkommen hat entzieht sich unserer Kenntnis.

Der Hilfskassierer des sozialdemokratischen Vergarbeiterverbandes, „Genosse“ Kreis, hat sich mit ungefähr vierzigtausend Mark verbrüht. Davon hat der laubere Kumpel 16217 M. dem roten Verband durch Einbruch gestohlen und weitere 19000 Mark einer Bank abgeschrieben durch die Anfertigung gefälschter Unterschriften auf einer Anweisung. Bei dem Diebstahl spielt auch eine Frauensperson eine Rolle, die allerdings nicht mehr verurteilt wurde, sondern eingelöst wurde. Der Vorstand des roten Vergarbeiterverbandes sagt von dem Hallunkenkreisch:

„Der Hilfskassierer Kreis war seit 1906 auf unserm Hauptkassenbureau beschäftigt und genoss großes Vertrauen. Ehe er auf unser Bureau berufen wurde, war er jahrelang Kassierendirektor und gab niemals zu Mißtrauen Veranlassung. Es mag auch angeführt werden, daß Kreis bei seinem Erscheinen vom Militär von seinem Kompagniechef ein Zeugnis erhalten hat, in dem er als besonders geeignet für Vertrauensstellungen waren empfohlen wird. Die Ausführung der treuherrlichen Tat ist auf ein lang geplantes Vorgehen zurückzuführen. Das Telegramm, das den Hauptkassierer nach Wladkau lockte, in dessen Abwesenheit Kreis das Verbrechen verübte, hat eine mit dem Straubanten befreundete Frau ausgegeben. Sie wurde bereits verhaftet und hat die Telegramm-fälschung auch eingestanden. In Abwesenheit des Hauptkassierers hat Kreis mit Hilfe gefälschter Unterschriften zwei größere Geldsummen erhoben und sich das in der Verbandskasse befindliche Geld angeeignet. Um den Verdacht von sich abzuwenden, hat er in dem Antragsverfahren getroffen, die auf einen Einbruchschußfall schließen ließen.“

Dem Genossen Kreis war höchstwahrscheinlich der Glaube an den Anknüpfungspunkt abhanden gekommen und so nahm er sich seinen Anteil von der „irdischen Glückseligkeit“ aus den Schreikassenscheit seiner Kumpels.

**Streits und Lohnbewegungen.**

**Zum Metallarbeiterkampf in Barmen und Umgebung.**

Mit der Bewegung der Metallarbeiter beschäftigte sich eine am 26. September in der „Stadthalle“ zu Barmen tagende, von ca. 2000 Personen besuchte Versammlung der hiesigen Arbeiterschaft. Die Vertreter der an dem Kampf beteiligten Organisationen legten die Ursachen und den bisherigen Verlauf des Kampfes dar. Der Beamte Wilmis vom Deutschen Metallarbeiterverband gab einen Uebersicht über die ersten Anfänge und Begleiterscheinungen, sowie über den vor Beginn des Kampfes geschlossenen schriftlichen Verkehr, aus welchem hervorging, daß der Unternehmerverband, trotzdem von Arbeiterseite alles getan wurde, um eine friedliche Einigung herbeizuführen, dieses völlig ignorierte. Auf eine mehrmalige Eingabe bezw. Anfrage erfolgte keine Antwort.

Als zweiter Redner sprach Bezirksleiter Kollege Schmied-Köln. An die letzten Ausführungen des Vorredners anknüpfend, wies er auf einen Artikel in Nr. 912 der „Kölnischen Zeitung“ vom 18. August hin, welche eine Darstellung über den Kampf der hiesigen Metallarbeiter brachte. Dieser Artikel dürfte deswegen von größerem Interesse sein, weil er allem Anschein nach aus den Kreisen des Arbeitgeberverbandes herrührt. Es heißt darin: „Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat es verstanden, bei diesem Kampf die christlichen sowohl wie die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften vor seinen Anren zu spannen, um die Waflgeschäfte für die Sozialdemokratie zu besorgen.“ Weiter wird gesagt: „Der Kampf ist nur deshalb inszeniert, um angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen aus parteipolitischen Gründen Anzügen in die Massen zu bringen.“ Zum Schluß sollen die Forderungen ohne berechnete Uvache und gegen den Willen der Arbeiter von den Verbandsleitungen gestellt worden sein. Außerdem wird dem Arbeitgeberverband empfohlen, wegen der geringen Stärke der in Betracht kommenden Organisationen überhaupt nicht zu verhandeln; überdies sei ein großer Teil der Arbeitgeber die Entwicklung der Dinge für so bedeutungslos an, daß sie mit großem Gleichmut ihren Sommerurlaub angetreten hätten.

Eoweit der Bericht der „Kölnischen Zeitung“. Bei der näheren Beleuchtung wies Redner die Unwahrscheinlichkeit obiger Behauptungen nach und betonte, daß die christlichen Arbeiter sich nicht aus politischen, sondern aus rein wirtschaftlichen Gründen der Bewegung angeschlossen haben und auch in Zukunft in der Vertretung ihrer gerechten Forderungen durch nichts beirren lassen werden. Jeder Mensch, auch der Arbeitgeber, muß die für ihn günstige Situation zur Verbesserung seiner Lage aus. Beweis sei u. a. die Errichtung des Unternahmerarbeitsnachweises in Hagen-Schwelm im Jahre 1910. Daß nun gerade mit der aufsteigenden Konjunktur und den damit verbundenen Kämpfen in der Metallindustrie das Vorjahr der Reichstagswahlen zusammenfällt, ist jedenfalls nicht Schuld der Arbeiter. Wenn man ferner bedenkt, daß wie es am Schluß des Berichtes heißt, ein großer Teil der Arbeitgeber mit größtem Gleichmut in die Sommerfrische gegangen sind, so liegt das wie eine Verhöhnung der Arbeiter. Was die „geringe“ Stärke der Organisationen anbelangt, so darf ruhig behauptet werden, daß 1/4 aller im Kampfe stehenden Arbeiter organisiert sind und somit der Wunsch, von Organisation zu Organisation zu verhandeln, ein berechtigter und gerechtfertigter ist. Das Verhalten des hiesigen Arbeitgeberverbandes ist um so weniger zu verstehen, wenn man bedenkt, daß beispielsweise beim Feinblech- und Eisen- und Blech-Verhandlungen in Leipzig, Chemnitz, Eisenach und Bielefeld Verhandlungen zwischen den betreffenden Zentralinstanzen stattgefunden haben und hierbei für beide Teile befriedigende Resultate erzielt worden sind.

Wenn ferner der hiesige Arbeitgeberverband die Forderungen in der ursprünglichen Fassung unburchführbar fand, so haben wir demgegenüber zu erklären, daß inzwischen andere Vorschläge gemacht worden sind. Und daß diese durchführbar sind, beweist die Tatsache, daß bereits mit 18 Firmen mit zusammen 712 Arbeitern eine Einigung auf der vorgeschlagenen

Grundlage stattgefunden hat. Der Arbeitgeberverband handelt unrecht, wenn er sich an den Posten der ursprünglich eingereichten Forderungen festklammert, um damit eine Ablehnung der Verhandlungen zu rechtfertigen. Die Arbeiter haben mehrfach betont, daß sie zu Verhandlungen bereit seien. Will man das auf der anderen Seite nicht, dann gibts für uns nur eins, und zwar: „Weiterführung des Kampfes.“

Diesen Ausführungen des Kollegen Schmied schloß sich als letzter Redner der Genosse von H.-D. Gewerksverein Eisler-Duisburg in jeder Weise an und betonte, daß an der Einigkeit der kämpfenden alle Versuche, Uneinigkeit unter sie zu säen, scheitern würden. Die Ausführungen der Redner wurden mit begeisterten Beifall aufgenommen und folgende, im Sinne der Ausführungen gehaltene Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 26. September 1911 zu Barmen in der Stadthalle tagende, von ca. 2000 Personen besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung nimmt Kenntnis vom Stand der Bewegung in der Metallindustrie des Ruhrgebietes. Die Versammlung erklärt das Streben der Metallarbeiter nach einer einheitlichen Regelung der Arbeitszeit und Arbeitsverhältnisse als durchaus berechtigt. Die Durchführbarkeit dieser Regelung ergibt sich aus der Tatsache, daß bereits mit 18 Firmen eine Einigung erzielt worden ist. Um so mehr ist die Haltung der dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Firmen zu verurteilen, die Verhandlungen über die Differenzpunkte bisher ablehnten und dadurch den Streik verusachten. Die Versammelten sprechen den um gerechte Forderungen kämpfenden Arbeitern volle Sympathie aus und erklären, dieselben in jeder Weise in ihrem Kampfe unterstützen zu wollen.“

**Zur Metallarbeiterausperrung in Menden und Umgebung.**

Der Kampf bei der Firma Neuwahlwerk A.-G. in Menden-Wäspenbe ist nach fast ein vierteljähriger Dauer nunmehr beendet. An diesem Streik resp. Aussperrung waren rund 400 Arbeiter, sämtlich Mitglieder unseres Verbandes, beteiligt. Die Firma hatte von vornherein jede Verhandlung mit den Vertretern der Arbeiterorganisation strikte abgelehnt. Um nun untererzits alle Möglichkeiten einer friedlichen Beilegung des Streikes zu versuchen, wurde eine Arbeiterkommission mit den Verhandlungen mit der Werkleitung beauftragt. Nachdem dann durch gegenseitiges Entgegenkommen eine Verständigung erzielt und den Arbeitern einige Verbesserungen zugesichert waren, beschloß diese, am Montag den 18. September die Arbeit wieder aufzunehmen. Als die Arbeiter zur Arbeit erschienen, nahm die Firma Neuwahlwerk unter den 250, die wieder eingestellt sein wollten, eine große Anzahl von 40—50 sojten nicht wieder eingestellt werden. Dieses Vorgehen verurteilte bei den Arbeitern eine große Erbitterung und alle Beteiligten lehnten die Wiederaufnahme der Arbeit ab.

Der Arbeitgeberverband für Menden und Umgegend beschloß nunmehr die Aussperrung. In der betreffenden Besamtnung suchte er die Sache so darzustellen, als ob die Firma Neuwahlwerk nicht genug Arbeiter zur Wiederaufnahme des vollen Betriebes hätte erhalten können. Es heißt darin:

„Wir geben hiermit bekannt, daß am Sonntag den 23. d. M. sämtliche in unseren Betrieben beschäftigte organisierte Arbeiter die Kündigung erhalten, falls nicht bis spätestens vormitags 8 Uhr dieses Tages bei der A.-G. Neuwahlwerk so viel Arbeitskräfte wieder eingestellt werden können, als diese Firma zur Wiederaufnahme des vollen Betriebes in allen Abteilungen vorläufig benötigt. Menden, den 20. September 1911. Der Arbeitgeberverband: Menden und Umgegend.“

Demgegenüber ist daran festzuhalten, daß die Firma Neuwahlwerk genug Arbeiter bekommen konnte. Sie wollte aber von den 250 zur Arbeit gemeldeten Kollegen 40—50 mehr regeln. Das konnten die Arbeiter sich unmöglich bieten lassen. Die Schuld an der Weigerung der Arbeiter, die Arbeit unter diesen Umständen aufzunehmen, traf darum die Firma selbst. Ein großes Unrecht war daher auch der Aussperrungsbeschluß des Arbeitgeberverbandes.

Während nun schon die Kündigungen der Arbeiter in den Betrieben der Metallindustrie in Menden und Umgegend erfolgt und der Arbeitgeberverband diese durch ein Flugblatt vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen suchte, fand der Kampf auf Neuwahlwerk sein Ende. Die Firma trat auf neue mit der Arbeiterkommission in Verhandlungen ein mit dem Resultat, daß am 27. September der Friede auf Grund folgender Vereinbarungen wiederhergestellt wurde:

1. Der in der Weiberei von der Direktion aufgestellte und von den Arbeitern angenommene Akkordtarif tritt gleich in Kraft.
2. Die Arbeiter werden wieder eingestellt. Diejenigen Arbeiter, welche zurzeit nicht eingestellt werden können, sollen eventl. später wieder eingestellt werden.
3. Wegen Zugehörigkeit zur Organisation werden keinem Arbeiter Nachteile zugefügt.
4. Die Arbeit wird seitens der Arbeiter wieder aufgenommen.
5. Der Arbeitgeberverband nimmt bei Wiederaufnahme der Arbeit die Aussperrung zurück. Der christliche Metallarbeiterverband hebt die verhängte Sperre auf.

Wäspenbe, den 27. September 1911.

Des weitern versprach die Firma, noch einen Arbeiteraus-schuß einzuführen.

Mit diesen Vereinbarungen zwischen der Firma Neuwahlwerk und ihren Arbeitern ist der Aussperrungsbeschluß des Arbeitgeberverbandes hinfällig geworden. Mit Recht sollte man annehmen dürfen, daß nunmehr nach langem Kampfe der Friede doppelt begrüßt werden würde. Leider aber hat es den Anschein, als beabsichtigen jetzt einige andere Firmen neue Konflikte mit den Arbeitern heraufzubehämmern. So wies z. B. die Firma Metall-Walz-Werke in Menden ihre, sich zur Wiederaufnahme der Arbeit meldenden Arbeiter in brücker Weise zurück. Eine andere Firma, R. und G. Schmölz, arbeitet mit Flugblättern, um die Arbeiter zum Austritt aus dem christlichen Metallarbeiterverband zu bewegen. Diese und andere Vorgänge deuten darauf hin, daß das Vorgehen der Arbeitgeber sich nicht nur gegen die Lohnbewegungen richtet; sie gehen vielmehr darauf aus, die Organisationen der Arbeiter zu schwächen, womöglich ganz zu unterdrücken, um sich auf diese Art einen willkürlichen Arbeiterstand zu sichern. In dem Flugblatt der Firma R. und G. Schmölz wird gar der Beweis zu führen versucht, daß es im Interesse des Arbeiters läge, dem christlichen Metallarbeiterverband den Rücken zu kehren. Das Blättchen ist dem Verfasser aber grenzlich mißfallen. Das Koalitionsrecht definiert er als — Prozeßrecht. Schon das kennzeichnet den Flugblattverbreiter als einen Mann, dem die elementarsten Be-

Jeßte über die volkswirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter abgeht. Kleinen Schaden wird der Mann dann auch mit seinen „Argumenten“ bei der Meubler Arbeiterchaft nicht anrichten.

Wenn der Flugblattführer beiläufig, daß mit dem Eintreten der Arbeiter in die Organisation das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter „unendlich gemacht“ wird, so wird jeder objektive Beobachter die Schuld daran sicher nicht den Arbeitern geben. Die Schuld an der Verschärfung der Gegensätze tragen die Arbeitgeber, die sich immer und immer wieder den berechtigten Forderungen der Arbeiter gegenüber ablehnend verhalten. Denn daß die Meubler Arbeiter bringen einer Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse bedürfen, geht doch schon aus dem hervor, was wir in voriger Nummer an dieser Stelle aus der Einkommensteuerstatistik der Stadt Meublen veröffentlichten konnten.

Die Meubler Arbeiter lassen sich ihre Organisation nicht vereiteln. Sie haben sie mindestens so notwendig wie ihre Kollegen anderwärts. Der Meubler Arbeitgeberverband geht ja offen darauf aus, die ohnehin niedrigen Löhne noch mehr herabzudrücken, das beweist so recht wieder folgendes Gehaltskriterium, welches er noch jüngst an seine Mitglieder versandt hat:

Arbeitgeber-Verband  
Meublen u. Umgegend.

Meublen, den 11. Sept. 1911.

Vertraulich

P. P.

Der Vorstand des hiesigen Arbeitgeber-Verbandes hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, nicht nur seinen Mitgliedern, sondern auch den anderen hiesigen Firmen zu empfehlen, Arbeiter-Gesuche im „Westfälischen Telegraph“ und andern hier gelieferten Blättern für die Folge nicht mehr erscheinen zu lassen.

Es ist hier augenblicklich Mangel an geübten Arbeitern und Arbeiterinnen, sodaß bezügliche Gesuche nur dazu dienen können, die Leute von einer Stelle an die andere zu holen und die Löhne bei dieser Gelegenheit unnötiger Weise zu steigern. Es erscheint durchaus notwendig, den Zugang fremder Arbeiterkräfte herbeizuführen, was nur in Bekanntmachungen in auswärtigen Zeitungen geschehen kann.

Indem wir höflich bitten, uns auf beifolgender Karte gefälligst mitteilen, ob Sie mit dem Inhalt vorstehender Zeilen einverstanden sind, und demgemäß verfahren wollen, empfangen wir uns Ihnen

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes Meublen u. Umgegend.

Dem Schreiben war auch eine Karte beigelegt, welche folgenden Wortlaut hatte:

„Herrn G. Schmale, Meublen, Betr. Arbeitgeber-Verbands-Sache. — Den Empfang des vorliegenden Schreibens vom 11. d. M. bestätige ich hiermit, erkläre mich mit dessen Inhalt einverstanden und werde demgemäß verfahren. Hochachtungsvoll“

Die Arbeiter von auswärts wissen nunmehr, daß sie nur nach Meublen gezogen werden sollen, um als Lohnbrüder zu dienen; sicherlich wird sich dazu kein ehrliebender Mensch misbrauchen lassen.

Der Meubler Arbeiterschaft aber rufen wir zu: Organisiert euch bis zum letzten Mann und bleibt eurer Organisation treu! Es wäre ein Armutszeugnis für den Arbeiter, der sich durch die durchsichtigen Manipulationen von Unternehmern von seiner Organisation abhalten ließe. Die Arbeitgeber selbst wissen den Wert der Organisation wohl zu schätzen, das nehmen wir ihnen auch durchaus nicht übel. Unstatthaft aber ist es dann auch, daß sie die Arbeiter durch Einschüchterungen und Maßregelungen an der Ausübung dieses Rechtes zu hindern suchen. Auch die Meubler Arbeitgeber könnten mittlerweile zu der Erkenntnis vorgebracht sein, daß der Kampf gegen die gewerkschaftliche Organisation und Betätigung der Arbeiter schädlich ist. Mögen sie darum mit den alten Vorurteilen einmal entschlossen aufräumen und sich mit der Tatsache des Bestandes der Arbeiterorganisation endlich abfinden. Das können sie um so eher, als auch die christlich organisierten Arbeiter ihrerseits stets ehrlich bereit sind, mitzuwirken am Aufstehen der Meubler Metallindustrie.

Die Industrie wird durch unsere Organisation nicht geschädigt, sondern gefördert. Gerade unsere deutsche Fertigungsindustrie bedarf zu ihrem Bestande eines hochstehenden, geistig regamen, pflichtbewussten Arbeiterstandes, wie ihn die gewerkschaftliche Bewegung heranzubildet. Der organisierte Arbeiter gerate wohl, was er seiner Industrie schuldig ist. Darum wird er sich durch kein Hindernis abhalten lassen, für die Stärkung und Ausbreitung seiner Organisation tätig zu sein. Die Antwort auf die Gegenarbeit der Meubler Arbeitgeber kann daher für unsere Kollegen nur sein: Verdoppelung der Verdienste für unsere christlichen Metallarbeiterverband!

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Schloß-Volte.** Auf der „Holler Eisenhütte“ (Nah Dr. H. Venae) stehen die Arbeiter im Streik. Zugang von Beschäftigten, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

**Siegen.** Ueber die Siegener Aktien-Gesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Bergbau ist die Sperre verhängt.

**Willingen, (Kreis Hess).** Auf dem Puddel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Mißständen im Streik. Zugang von Puddlern und Walzwerksarbeitern ist fernzuhalten.

**Rheinhdt.** Ueber die Firma Max Schorch ist die Sperre verhängt.

**Dortmund-Annen.** Ueber die Gießerei der Firma Krupp in Annen wurde wegen rigoröser Behandlung der Formner und willkürlicher Arbeiterentlassungen die Sperre verhängt.

**Röln.** Die Elektromonteur stehen im Streik. Zugang fernhalten.

**Wormen-Eberfeld.** In der Metallindustrie hier selbst und der der Umgebung stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Zutlingen.** Bei der Firma A. Schweighardt stehen die Arbeiter im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

**Schwelm.** Bei der Firma Schubeis stehen sämtliche Arbeiter zwecks Abkessung von Mißständen und Abschluß eines Tarifs im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Düsseldorf.** In den Maschinenfabriken und Eisenwerkstätten bestehen Differenzen; teilweise stehen die Kollegen in Kündigung oder im Streik. Ehe Zureichende hierüber Arbeit annehmen, haben sie sich auf dem Büro der Ortsverwaltung zu melden.

**Vannerweh-Schürhal.** Bei der Firma Karl Schlicher & Söhne haben die Schleißer wegen Differenzen die Kündigung eingereicht. Zugang von Nachlern ist fernzuhalten.

**W.-Glabach.** Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahntechnik-Abteilung und Eisenwerkerei, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterschaft wegen vorliegender Differenzen ausgesperrt. Zugang von Arbeitern aller Art ist streng fernzuhalten.

**Wuppen.** Die Wuppener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

**Trier.** Die Klempner und Installateure stehen zwecks Einführung eines Tarifvertrages im Streik. Zugang von Klempnern, Installateuren und Schlossern ist fernzuhalten.

**Zwiflringen.** Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgetreten. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

**Gröfenkirchen.** Die Firma Böder u. Co. ist für Werkzeugmaschinen gesperrt.

**Bin-Chrenfeld.** Auf der hiesigen Maschinenbauanstalt stehen die Arbeiter im Streik. Zugang ist streng fern zu halten.

**Grevelsberg.** Die Arbeiter der Firma Gebr. Koch, Fensterlaasfabrik, stehen im Streik.

**Röln Troisdorf.** Die Arbeiter der Meubler-Verwaltung Sprengelhoff A.-G. in Troisdorf stehen wegen Verweigerung des Koalitionsrechtes im Streik.

**Wenden.** Bei der Firma Metallwerke A.-G. sind Differenzen ausgetreten. Die Metallarbeiter und Plattenfräser wurden entlassen. Zugang ist fernzuhalten.

**Zugang ist fernzuhalten.**

**Bekanntmachung.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 8. Oktober 1911 der einundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 15. Oktober 1911 fällig.

Es wird hiermit nochmals auf § 10 Absatz 2 des Statutes aufmerksam gemacht, wonach die Zeit der Erwerbslosigkeit (Krankheit oder Arbeitslosigkeit) nur von dem Tage an gerechnet werden kann, an dem sich das Mitglied bei der örtlichen Leitung des Verbandes gemeldet hat. Jedes Mitglied hat bei Arbeitslosigkeit immer, bei Krankheit nach Möglichkeit persönlich sich auf der Geschäftsstelle, oder wo eine solche nicht vorhanden beim Vorsitzenden der Geschäftsstelle zu melden. Sämtliche Erwerbslosen müssen von den Verwaltungsstellen und Ortsgruppen regelmäßig jede Woche auf den dazu vorgezeichneten Formularen (Nr. 8 und 9) der Zentrale gemeldet werden. Für die Woche, in welcher die Meldung unterlassen wurde, darf unter keinen Umständen Unterstützung ausbezahlt werden. Ebenso darf ohne Anwesenheit der Zentrale außer Ruhe- und Aufenthaltunterstützung, keine Unterstützung ausbezahlt werden. Für die Höhe der Unterstützungssätze ist allein die Anweisung maßgebend. Die Vorsitzenden und Kassierer werden gebeten, die alten Meldeformulare, die vor Jahren ausgeben wurden, nicht mehr zu benutzen, sondern sich von der Zentrale die Formulare Nr. 8 und 9 anschicken zu lassen.

Die alte Zahlkarte zur Reichsarbeitslosenstatistik für das 3. Quartal soll bei Eintreffen die Nummer schon an die Zentrale abgesandt sein. Wo es trotzdem noch nicht geschehen, ist es sofort nachzuholen.

Die Verwaltungsstelle Solingen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines möglichen Vorkaufvertrages von 20 Pfg. ab 1. Oktober 1911. Die Rückzahlung dieses Beitrages hat den Verlust naturlicher Rechte zur Folge.

**Vödenkirch.** Der Kollege Richard Kemp, Weizer, Buch Nr. 129438, wird um Angabe seiner Adresse gebeten.

**Adressen.**

**Saren.** (Ortsverwaltung.) Unser Büro befindet sich ab 1. Oktober Hochstraße 87 (Ecke Post- und Oberstraße). Für den Verkehr ist das Büro nur morgens von 11—1 Uhr und nachmittags von 5—8 Uhr geöffnet. (Telefon wie bisher: Nr. 1298).

**W.-Glabach.** Am 1. Oktober befindet sich die Geschäftsstelle unserer Ortsverwaltung im Zirkelhof, Ecke Nützen- und Dammstraße, Eingang Dammstraße. Telephon Nr. 359.

**Aus dem Berichtsgebiet.**

**Wfronten** (1. Anz.) Weisheit der Reichsstraße, kamitten der herrlichen Algenberge, ist das friedliche Vorlägen Pfosten gelegen. Ein riesiger Fremdenverkehr hat sich hier im Laufe der Jahre entwickelt und ansehnliche der altgewohnten Verhältnisse sind andere getreten. Sie aus keinen Beschäftigten herausgemachte Industrie hat sich inzwischen zu großen Fabriken ausgewachsen und auch die Arbeiterschaft ist daran, sich in etwa den veränderten Verhältnissen anzupassen. Nachdem es nunmehr auch unserem Verbands gelungen ist, dort Eingang zu finden, geht unser Bestreben dahin, die Verhältnisse dieser Arbeiter denjenigen ihrer Berufscollegen an anderen Orten gleichzustellen. Im Juni trat eine Anzahl Kollegen unserem Verbands bei. Mit vieler Mühe wurde nun versucht, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu erfassen, um dann auf Grund dessen weitere Schritte im Interesse der Arbeiter

zu unternehmen. Zu dem Zwecke wurden Fragebogen herausgegeben. Leider hat jedoch nur ein Teil der Arbeiter dieselben beantwortet; andere verweigerten die Ausfüllung, ohne einzusehen, daß ohne reale Unterlagen eine Befragung der Verhältnisse wesentlich erschwert ist. Immerhin boten uns die abgelieferten Fragebogen genügend brauchbares Material. Am 16. September fand nun eine Versammlung statt, die sich eingehend mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der hiesigen Metallarbeiter befaßte. Der Referent, Kollege Wagner, zeichnete eingangs das rasche Emporbühen des hiesigen Ortes und die Entwicklung der hiesigen Industrie. Auf Grund der durch die Fragebogen festgestellten Verhältnisse kam Redner zu der Überzeugung, daß diese nicht mehr der Zeit entsprechend sind. Wenn man bedenke, daß die Industrie in Vronten eine geistig regame und fachlich gut ausgebildete Arbeiterschaft beansprucht, so sei der ermittelte Durchschnittslohn von 33,5 Pfg. pro Stunde entsprechend auch in keiner Weise mehr den Kosten der heutigen Lebenshaltung. Beweis dafür sei auch der Umstand, daß sich ein System der Gehaltsarbeit stark ausgebildet habe. Dieser Arbeiterwerb nehme aber die Kräfte des Arbeiters nur allzusehr in Anspruch, sodaß er für den folgenden Tag dadurch in seiner körperlichen Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigt sei. Am Jahresabschluss könne der Arbeiter am besten die Folgen des starken Fremdenverkehrs wahrnehmen. Sein Budget habe sich an Ausgaben reichlich vermehrt, aber die Einnahmen sind die gleichen geblieben. Schon aus diesen Tatsachen heraus sei es Pflicht der einzelnen Arbeitgeber, die Löhne ihrer Arbeiter einer Neuregelung zu unterziehen. Redner erörterte dann die Schwierigkeiten, die sich unseren Bestrebungen entgegenstellen würden. Wie überall, so würden auch hier wohl die Arbeitgeber den Arbeitern, die die Zeit erkannt und die Notwendigkeit der Organisation eingesehen haben, Schwereigkeiten machen. Demgegenüber sei zu betonen, daß das Bestreben der christlichen Gewerkschaften anders zu werten sei als jenes der Sozialdemokratie. Unsere Art sei es nicht, den Arbeitgeber einfach als den Ausbeuter und den Arbeiter als den Ausgebeuteten hinzustellen; wir verlangen nur einen gerechten Anteil an den Ertragsprodukten der Kultur und damit eine Besserstellung des gesamten Arbeiterstandes. Unsere Bestrebungen unterzeichnen sich so grundsätzlich von denen der Sozialdemokratie. Jeder einseitige Arbeitgeber wird deshalb nicht umhin können, unseren gerechten Forderungen entgegen zu kommen. In den Kreisen der Arbeiterschaft sind die Einwände gegenüber der Organisation verschiedener Art. Nicht zu verstehen ist es, daß die so notwendige Solidarität hier noch mit den verschiedenen Schwereigkeiten zu kämpfen hat. Mögen die Arbeiter einsehen, daß nicht an erster Stelle Vergnügungsvereine, sondern die Einigkeit und Geschlossenheit in der Berufsorganisation für sie erforderlich ist. Dann wird unabweislich auch in Vronten recht bald schon der Geist der Arbeiterschaft und des Arbeiterkollektivs seinen Eingang halten. Deshalb mit Ausdauer an die Verdienste und der Erfolg wird uns sicher sein.

**Berlin** (empner.) Am Montag den 18. September wurde zwischen dem Arbeitgeberverband im Baukneipenverberbe von Berlin und den Vororten einerseits und dem christlichen Metallarbeiterverband, dem S.-D. Gewerksverein und dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband andererseits ein Tarifvertrag abgeschlossen. Der Tarif hat Gültigkeit bis zum 31. März 1913. Wir ersuchen daher unsere christlichen Kollegen aus diesem Gewerbe, sich in den Besitz des von uns unterzeichneten Tarifs zu setzen und streng darauf zu achten, daß derselbe auch eingehalten wird. Exemplare dieses Tarifs sind in unserem Büro Rildersdorferstr. 60 in Empfang zu nehmen.

**Berlin.** Wie gut besuchte Mitgliederversammlung hielt unsere Ortsgruppe am vergangenen Sonnabend in Schulz Feststätte ab. Ein sehr wichtiger Punkt stand diesmal auf der Tagesordnung. Der Vorkaufvertrag sollte in allen Klassen um 10 Pfg. erhöht werden. Nachdem die Beitragserhöhung in einem Referat eingehend begründet war, setzte eine lebhaft Diskussion ein, mit dem Ergebnis, daß die Mehrheit der Kollegen für die Erhöhung stimmte. Mit einem lebhaften Appell an die Kollegen, nach wie vor treu und fest zu unserem Verband zu stehen und eifrig für unsere Sache zu werben, schloß dann der Vorsitzende die Versammlung. Auf Sturm und Regen folgt Sonnenschein — christlich-national soll unsere Lösung sein!

Nun noch ein Wort zur Agitation: Fünfzigtausend Mitglieder im christlichen Metallarbeiterverband, das ist die nächste Etappe, der wir zusteuern. Werden wir sie bis zum Jahresabschluss noch erreichen? Es ist unser aller Wunsch! Darum müssen auch wir Berliner Kollegen den entsprechenden Anteil an diesem Zuwachs leisten. Es ist noch ein Vierteljahr bis dahin, sorgen wir also dafür, daß jeder von uns noch in diesem Jahre und zwar möglichst bald ein neues Mitglied gewinnt. Darum auf, zur Verdienste!

**Samm t. W.** In Nr. 38 der „Metallarbeiterzeitung“ versucht Herr Vormann, seines Zeichens Geschäftsführer vom sozialdemokratischen „deutschen“ Metallarbeiterverband, dem christlichen Metallarbeiterverband und seinen Vertretern ein auszuweichen. Veranlassung dazu gab ihm der Abschluß der Bewegung bei der Firma Wilm. Daß die Reichsleiter vorzeitig gehandelt haben, indem sie, als ihre Forderungen zum größten Teil bewilligt waren, ihre Kündigung zurücknahmen, ohne von der Gesamtleitung ermächtigt zu sein, hat kein Mensch geleugnet. Im Gegenteil; das ist von uns in der Versammlung mit aller Deutlichkeit gesagt worden. Es ist also ein unehrliches Spiel, wenn man durchlistet läßt, wir hätten auf andere Kollegen eingewirkt. Auch in der angelegenen Versammlung bei Feitfeld ist in dieser Beziehung kein Wort gefallen; dazu hatten wir gar keine Veranlassung. Das weiß Herr Vormann auch ganz genau, denn ein Vertrauter von ihm war doch anwesend. Der Zweck der Uebung ist also nichts weiter, als eine unehrliche Stimmungsmache.

Eine direkte Unwahrheit ist es, wenn Herr Vormann behauptet, es sei in der fraglichen Versammlung auf eine Anzapfung seitens eines unserer Kollegen von ihm geantwortet worden, „er habe nur auf die Dummheiten der christlichen Angestellten hingewiesen“. Wenn Herr Vormann solche Lüge nicht hätte, wäre er auf der Stelle von unseren Kollegen ganz gehörig zurechtgestrichelt worden, daran zweifelt er wohl selbst nicht. Wahr ist nur, daß Herr Vormann meinte, die Christlichen hätten mehr in die Deutlichkeit gehen müssen, wie er das getan habe“. Darauf ist ihm aber seitens unserer Kollegen erwidert worden, „ob es gerade besonders klug von ihm gewesen sei, während der Verhandlung einen solchen Artikel loszulassen, dürfte erstlich bezweifelt werden.“ Auf welcher Seite die „Dummheiten“ zu finden sind, muß also noch entschieden werden. Herr Vor-

mann würde übrigens für seine „Schlaueit“ von den Firmenvertretern in nicht allzu sanfter Weise abgeurteilt. Wenn Herr Vormann dann bei jeder Gelegenheit den „ehemaligen Werkmeister“ und den „alten, erfahrenen Gewerkschaftler“, der schon 28 Jahre in der Bewegung steht, heranzieht, so imponiert uns das absolut nicht. Es ist ihm schon in der Versammlung gesagt worden, daß die ältesten Schneider nicht immer die besten Kräfte verfertigen, somit das Alter nicht immer der Gradmesser für Können und Wissen ist.

Hoffentlich wird seine Zentrale endlich einmal aufmerksam auf Herrn Vormann und gibt im einen Wirkungskreis, der seiner langjährigen Erfahrung und seinem Sinne entspricht. Es wäre schade um ihn, wenn er auf einem solchen Posten verfaulen müßte, wo er seine Talente nicht an den Mann bringen kann. Es mag sich Herr Vormann aber gesagt sein lassen: Sein Vorhaben, Mitarbeiter unter untere Metallarbeiter zu führen, ist berechtigt. Nur wenn er glaubt, durch persönliche Überredungen seine Position hier fördern zu können, so ist er auf dem Holzwege. Die christlichen Metallarbeiter wollten eben sozialdemokratische Umverhältnisse durch Verhappeltung der Verarbeitung für den christlichen Metallarbeiterverband.

**Witten.** Unsere letzte Versammlung hatte sich keine guten Besuche zu erfreuen, was hier einmal öffentlich verhandelt werden muß. Es wird in jeder Versammlung ein Vortrag gehalten. Pflicht eines jeden Kollegen ist es aber, die Versammlungen zu besuchen. Wenn wir nicht nur Mitglieder, sondern erste überzeugte Gewerkschaftler sein wollen, Männer, die wissen, warum sie ihre Witze bezahlen und die auch dem Gegner gegenüber ihren Mann stellen können, dann müssen wir unbedingt an unserer Schulung und Weiterbildung arbeiten. Deshalb wollen wir einmal den Vorschlag machen, von jetzt an regelmäßig und pünktlich die Versammlungen zu besuchen.

Auch hinsichtlich der Gewinnung neuer Mitglieder wird mancher Kollege von sich sagen müssen, daß er seine Pflicht nicht getan hat. Durch eifriges Werben haben wir im vorigen Jahre manches Mitglied für unsere Sache gewonnen. Sobald sich dadurch unsere Zahl vergrößert hat. Sollte es in diesem Jahre nicht auch möglich sein? Ganz gewiß, wenn nur jeder etwas mitarbeitet. Mache es sich also jeder zur Pflicht, ehe das Jahr um ist, dem Verband wenigstens ein neues Mitglied zuzuführen. Unorganisierte sind noch genug vorhanden. Suchen wir sie einmal auf, die vielen, die noch hilflos und weiselnd abwärts gehen, machen wir sie bekannt mit den Idealen unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung, erörtern wir ihnen von den erfolgreichen Kämpfen, die unser Verband bestritten hat und daß diese Erfolge weit größere wären, wenn nicht so viele abfällig oder feige abwärts gingen. Sei jeder ein Agitator, ein Kämpfer für unsere große gerechte Sache: arbeiten wir mit Begeisterung, Eifer und Ausdauer, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

**Aus der Oberpfalz.** Am 24. September tagte im Schwandorfer Bezirksamt eine auf besuchte Ortsgruppenkonferenz des christlichen Metallarbeiterverbandes. Sämtliche in Frage kommenden Ortsgruppen waren vertreten. Im Situationsbericht, den Kollege Heilig-Anders erstattete, konnte zunächst konstatiert werden, daß es auf der ganzen Linie vorwärts gehe. Es ist keine Ortsgruppe da, die keine Fortschritte machte. Auch in nächster Zeit wird der Fortschritt anhalten, schon deshalb, weil man überall mit der Winterarbeit beginnt. Es würde noch besser vorwärts gegangen sein, wenn mehr Kollegen mitarbeiten würden. Es muß Aufgabe sämtlicher Ortsgruppenvorsitzende sein, ihre Aufmerksamkeit auf die Werbung von neuen Mitarbeitern in der Agitation zu richten. Weiter konnte von einzelnen Ortsgruppen berichtet werden, daß das Verhältnis zwischen Presse, Bürgerschaft, Behörden und einzelnen Werkleitungen und der organisierten Arbeiterschaft sich bedeutend gebessert habe. Es ist dies zu begrüßen, da die christliche Gewerkschaftsbewegung ihre Klassenkampfstrategie, sondern sich als Teil vom Volksganzen fühlt und den Grundlab hochhält, leben und leben lassen. Sie wird ja deshalb von den Sozialisten stark angegriffen, aber die Zukunft wird zeigen, wer auf dem rechten Wege ist.

Es folgt dann die Beratung der Petition an den Landtag für unsere Staatsarbeiter. Berichterstatter war Kollege Konrad-Münberg. Zunächst werden dieses Jahr die Hütten- und Bergarbeiter getrennt vorgehen. Drei Hauptpunkte werden in der Petition besonders hervorgehoben und zwar 1. die Lohnfrage, 2. Pensionskasse (Knappschaftskasse) und 3. die Arbeiterausbildung. Ein breiteres Eingehen auf die Petition wollen wir nicht vornehmen, da die Arbeiter in den Staatsbetrieben bereits in den Betriebsratsverhandlungen dazu Stellung genommen haben. Wir wollen nur die Punkte herausheben, die für die Allgemeinheit von Interesse sind. In der Lohnfrage stellen die Arbeiter dieselben Forderungen wie in den früheren Jahren. Sie verlangen eigentlich nur die Durchföhrung der Beschlüsse des sog. 10. Ausschusses. Derselbe hat z. B. für Amberg wegen der Teuerungsverhältnisse einen Grundlohn von 3,20 M. bestimmt. Man wird nicht behaupten wollen, daß derselbe zu hoch ist. Aber die Durchföhrung dieser Beschlüsse wurde damals der Regierung anheimgestellt und dabei ist es geblieben.

Es wird allerdings anerkannt, daß das neue Lohnregulativ einzelnen Arbeitern Vorteile gebracht hat. Nur den Arbeiterbetreibern nicht. Der Grundlohn übt auf den Markt nicht den geringsten Einfluß aus. Von einzelnen Delegierten wurde berichtet, daß während der letzten 20 Jahre die sie in den Staatsbetrieben beschäftigt seien, der Markt in seiner Bezahlung der gleiche geblieben sei. Jetzt wird man den Wunsch der Arbeiter, daß die Festsetzung des Grundlohnes auch den Markt beeinflussen müsse, verstehen.

Nun zum Punkt Knappschaftskasse. Die Reichsversicherungsordnung bringt auch für die Knappschaftskassen einschneidende Bestimmungen. Hier wurde beschlossen, vorerst noch einmal mit den Bergarbeitern zu konferieren, um ein möglichst einheitliches Vorgehen zu erzielen. Verlangt aber wird von beiden Seiten, daß die Höchstpension früher erreicht werden soll. Nach dem heutigen Statut wird sie nach 50 Jahren erreicht und, daß nur sehr wenige Arbeiter in den Genuss der Höchstpension kommen, braucht kaum näher begründet werden. Es wäre interessant, wenn einmal festgestellt werden würde, wieviel Arbeiter überhaupt die Höchstpension besitzen.

An der Arbeiterausbildungfrage wird verlangt, daß diesem Ausfluß größere Rechte eingeräumt würden. Es liegen sich dann eine ganze Reihe Kleinigkeiten schnell erledigen. Die Arbeiterausbildung ist auch heute in unseren Staatsbetrieben

nach nicht das, was sie eigentlich sein sollen. Gestagt wurde in dieser Beziehung besonders von Weibachammer und Weibachammer, Amberg ist etwas voraus. In anderen beiden Betrieben wirkt sogar noch die Werkleitung einen Teil der Arbeiterausbildungsmittel. Die Diskussion über diese Sachen war eine fröhliche und recht lebhaft. Die anwesenden Staatsarbeiter befreiten dieses Gebiet, was sich besonders zeigte in den Erwägungen, die nach jeder Seite hin angestellt wurden.

Im letzten Punkt: „Wie gestalten wir unsere Agitation erfolgreich?“ zog Kollege Konrad zunächst ein kurzes Schema über die Konferenz selber. Er ging dann den Anwesenden den mit Rat und Tat aus der Praxis zur Hand. Nicht nur Agitation, sondern auch Ausbau des Vertrauens in unsere Sache, des Einflusses auf die Verwaltung und gute Erziehung der inneren Sozialpolitik war die Aufgabe. Auch darf diesen Winter neben all der Arbeit die geistige Schulung der Mitglieder nicht vernachlässigt werden. Hier in der Oberpfalz läßt letzteres besonders Not. Wenn in dieser Richtung jetzt überall gearbeitet wird, dann wird unsere Bewegung auch noch weiter und stärker marschieren als zur Zeit. Darum auf, ans Werk!

**Mittelteil.** Am „Eben“ fand am 25. September eine gemeinschaftliche Sitzung der am letzten Orte vertretenen Ortsgruppen und Agitatoren der Verbände statt, die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angehören. Die Vorfände waren alle vertreten. Kollege Krug (Zweig) vom Gesamtverband sprach über das Thema: Welche Bedeutung hat ein Antritt der christlichen Gewerkschaft für Rothweiler und Umgebung? Im Anschluß daran fand eine längere Aussprache statt, in der die Vertreter unserer Agitatoren ihre Einstellung zur Gründung eines Ortsvereins gaben. Auch die Vertreter der Eisenbahnervereine erklärten ihre Bereitwilligkeit, mitzuarbeiten. Am 1. Vorsitzenden wurde als von Guben, Land, zum 2. Vorsitzenden Dreiner Dammeyer vom Eisenbahnerverband gewählt.

Am 22. Oktober findet nachmittags 3 Uhr eine allgemeine Mitgliederversammlung sämtlicher Agitatoren statt, in der Kollege Krug sprechen wird. Näheres kommt in der Tagespresse.

**Dammeryn i. Th.** Die Firma Schmide in Menden hat hier in Jammelborn einen Kleinbetrieb, worin die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerade nicht die besten sind: höher aber ist nicht möglich gewesen, dort eine Veränderung herbeizuföhren, weil die Arbeiter nicht für den Organisationsgedanken zu gewinnen waren.

Erst in der letzten Zeit war da eine andere Haltung zu verzeichnen. In einer durch unseren Verband veranstalteten Zusammenkunft erklärten sich eine Anzahl Kollegen bereit, unserem christlichen Metallarbeiterverband als Mitglieder beizutreten. Dies geschah denn auch, doch hatte die Firma davon Kenntnis erhalten und versuchte nunmehr, mit allen Mitteln der weiteren Verbreitung unseres Verbandes Einhalt zu tun. Da man keinen anderen Weg sah, ging man einfach dazu über, die Verbandsmittelglieder zu entlassen. Man glaubte jedenfalls mit der Entlassung der führenden Kollegen der Organisation das Lebenslicht auszuköchen zu haben. Doch es kam anders, wie der Herr Betriebsleiter es sich gedacht! Sonnabends erfolgte die Entlassung. Am Montag den 28. August wurde unser Betriebsleiter bei der Firma vorstellend, auch war der Kollege Gutsch-Grünert, der Sekretär des Gesamtverbandes mit Anwesen. Der Betriebsleiter erklärte zunächst auf Anfrage, daß die Kollegen in Bezug auf ihre Arbeitsleistung und ihr Verhalten sich nicht hätten zu schämen kommen lassen, aber es sei aus Menden von Herrn Schmide so befohlen worden und dem habe er zu gehorchen. Daraufhin machten wir den Herrn Betriebsleiter darauf aufmerksam, daß doch Herr Schmide von Jammelborn aus dem veranlaßt sein müsse, denn in Menden habe man doch nicht ohne weiteres ausarbeiten können, einen rheinischen Arbeiter zu entlassen, zumal Arbeit genug vorhanden ist. Der Herr Betriebsleiter verwies jede weitere Diskussion, jedoch wir wohl mit Recht annehmen konnten, daß die Triebfeder der ganzen Handlungsweise bei ihm zu suchen sei.

Unter den Entlassenen befindet sich ein Kollege, den man vor nicht allzu langer Zeit von einem anderen Betriebe hierher geholt hatte: nun auf einmal warf man ihn wieder aus Pfaffen. Es wurde auch dem Betriebsleiter direkt gesagt, daß die Entlassung nur wegen der Unzufriedenheit in unserem Verband erfolgt sei und wir demgegenüber uns einzusetzen würden.

Am anderen Morgen versuchten wir nochmals eine Aussprache im Beisein der entlassenen Kollegen herbeizuföhren. Doch man hatte uns kommen sehen und schickte uns auf Veranlassung des Betriebsleiters alle Türen und Tore verriegelt und geschlossen: es konnte niemand hinein.

Als wir mittags dann durch Gutschmittel zu einer am Abend stattfindenden Versammlung eintrafen, stellte sich ein Angefallter des Werks an den Ausgang, um so die Leute einzuschüchtern und zu verhindern, daß sie einen solchen Einlassungsweg annehmen. Doch das war ohne Erfolg. So weit ließen sich die Arbeiter nicht bringen, sondern unsere Zeitel gingen ab wie warme Wärschen.

Abends, kurz vor Tretabend, fanden sich wiederum mehrere Angefallte ein, die sich vor dem Versammlungsorte postierten, um dadurch zu verhindern, daß die Arbeiter zur Versammlung kamen. Wir verzichteten dieses Vorhaben, indem wir zu einem andern Lokal gingen. Die Arbeiter der Herren waren gerade nicht sehr geistreich, als sie die Situation erkannt hatten. Der Erfolg der Versammlung war ein weiteres Erstarken unseres Verbandes. Nunmehr gilt es, weiter zu arbeiten, bis auch der letzte Arbeiter Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes geworden ist, dann können wir auch daran denken, eine Besetzung der hiesigen Verhältnisse anzustreben und durchzuführen.

Wer eine sei noch vermerkt: Von unserer Betriebsleitung wurde Herr Schmide in Menden von den Vorfänden in seinem Betriebe in Jammelborn wieder in Kenntnis gesetzt.

Eine Antwort ist bis heute nicht erfolgt, was unsere Kollegen in Menden ebenfalls sehr interessieren dürfte. Den Kollegen in Jammelborn rufen wir zu: „Aufgewacht, zusammenhalten, dann geht's auch in Menden vorwärts!“

**Hamburg.** Am 22. September fand hier eine vom sozialdemokratischen Schmi-Verband einberufene Versammlung für die Winkelstraße der Werk von Blohm u. Papst statt, an welcher auch zahlreich die in der Winkelstraße beschäftigten, im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Kollegen unter Führung unseres Vorsitzenden Kollegen Lamberger teilnahmen. Referent war der Ortsbeamte Lange vom sozialdemokratischen Schmi-Verband. Dieser legte den Anwesenden den von der Zentralverwaltung gefassten Beschlüssen, alle auf den Werken beschäftigten Arbeiter sollten ihre Lohnbütten zwecks Befreiung der Lohnverhältnisse auf

den Werken an die in Frage kommenden Verbandsleitungen abliefern. Der Sachgehalt wurde mit Nachdruck, alle in der Winkelstraße beschäftigten Kollegen sollten sich dem folgen und ihre Lohnbütten an die Zentralverwaltung des sozialdemokratischen Schmi-Verbandes abliefern. In der Diskussion meldete sich unser Kollege Lamberger zum Wort und machte dem Referenten klar, daß unter Kollegen ihre Lohnbütten nicht an den sozialdemokratischen Schmi-Verband, sondern an unsere Verbandsleitung abliefern müßte. Herr Lange könne sich übergegens seine Bemerkungen um unsere Kollegen erlauben, diese hätten an allen Werkorten schon längst Kenntnis unserer Verbandsleitung durch die Sozialdemokraten erhalten. Des weiteren beantragte Kollege Lamberger sofort das Verhalten der sozialdemokratischen Schmi-Verband in der Verbandsbewegung kennen zu lassen. Wohl hätten die christlichen organisierten Arbeiter im vorigen Jahr Solidarität geübt: wenn aber die sozialdemokratischen Schmi-Verbande uns bei künstlichen Bewegungen nicht rechtzeitig verständigten und zu den Verhandlungen zuzogen, so müßten wir eben unsere eigenen Wege gehen.

Dieser Vorwurf war Herrn Lange auf die Nerven gefallen; denn nun vollerte er los: „Ihr einen christlichen Arbeiter sei in Hamburg überhaupt kein Platz; die „Reinen Schmi-Verband“ sollten sich den „großen Gruppen“ anschließen. Es sei auch keine Solidarität der christlichen Arbeiter gegeben, wenn diese im vorigen Jahre mit in die Verbandsbewegung eingetreten seien. Unter dem Begriff „Solidarität“ verstand er (Lange), wenn während eines Kampfes die Arbeiter anderer, nicht am Kampfe beteiligter Werke die Arbeit niederlegten. Der Ortsbeamte Lange mußte sich nun aber ob seines mangelhaften Begriffsverständnisses von einem seiner Gehörgehörigen den Begriff „Solidarität“ bestärken und sagen lassen, daß die christlichen Arbeiter Solidarität im vorigen Jahre voll und ganz sozialistisch verhalten hätten. Wenn Herr Lange gestand hatte, durch seine mit Begriffsarmut verunreinigten Polemiken unsere Kollegen Lamberger beschließen zu können, so sah er sich genötigt gesteht. In beachtlicher Weise machte dieser der Versammlung klar, daß die christlichen Metallarbeiter sich in Hamburg ihren Platz von den sozialdemokratischen Verbänden unter keinen Umständen preisgeben lassen.

Am Abende küßte Herr „Genosse“ Lange nicht mehr all zu oft als Beamter des Schmi-Verbandes an die Gesellenhände treten, denn schon schloß sich der rote „Wunder“ Metallarbeiterverband an, der kleine „Schmi-Verband“ zu verschlingen. Deshalb legte sich auch Lange wohl so sehr für die Verschmelzung der Reinen Schmi-Verband mit den „großen Gruppen“ ins Zeug. Der „Kurz Mann“ biedert sich beizeiten an — sonst —? Wie kondolieren!

Unseren Kollegen aber möge der Kampf der Gegner ein neuer Aufbruch zu echterer Werksarbeit für unsere große und gerechte Sache sein. Unsere Parole lautet jetzt: Auf zur Agitation!

**Börsen-Verband.** (Jugendaktion.) Am Sonntag den 25. September veranstaltete unsere Jugendaktion eine größere Versammlungsversammlung, die einen glanzvollen Verlauf nahm. Als Referent war Kollege Heisler von der Zentrale unseres Verbandes in Duisburg erschienen, der einen äußerst interessanten Vortrag über die Bedeutung der Jugendbewegung für den christlichen Arbeiterstand hielt. Der Redner schilderte zunächst das Wesen unserer christlichen Arbeiterbewegung, wie sie entstanden ist und sich weiterentwickelt hat. Er kennzeichnete die verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung und wies auch, daß die sogenannten „reinen“ Gewerkschaften durch und durch von sozialdemokratischen Geistes erfüllt sind. Ein christlicher Arbeiter könne als Mann von Charakter bei dieser Bewegung nicht mitmachen. Das hätte seine eigene Überzeugung mit Füßen treten. Die 30 Jahre später auf den Plan getretenen christlichen Gewerkschaften hätten sich heute zu einer achtunggebenden Bewegung entwickelt. Dort sei der Platz für jeden christlichen Arbeiter. Der Redner zeigte nun, wie die verschiedenen Organisationsrichtungen an die Jugendfrage heranzutreten und die jugendlichen Arbeiter ihren Rechten anzugleichen versuchen.

An Hand von Beispielen beleuchtete er die unbedeutendsten, sturköpfigen Harte und Agitation, die sozialdemokratische Partei einsetzt und wie gefährlich diese die Stellung, die die christliche Gewerkschaftsbewegung zur Jugendfrage einnimmt. Er veranschaulichte, daß die christlichen Gewerkschaften zunächst beabsichtigen, daß die Jugendfrage in erster Linie Erziehungssache ist. Zu reifig und sittlich geformten Charakteren müssen die jugendlichen christlichen Arbeiter erzogen werden, dann ist der Fortschritt und die Weiterentwicklung unserer christlichen Arbeiterbewegung ohne weiteres garantiert. Deshalb unterstützen und fördern die christlichen Gewerkschaften alle jene Organisationen, die sich diese Erziehung zur Aufgabe gemacht haben, und das sind die konfessionellen Jugendvereine. Damit aber unsere jugendlichen Arbeiter auch in der Lage sind, auf der Arbeitsstelle den Mitgliedern der sozialdemokratischen Jugendbewegung, denen in ihren Versammlungen der Kopf voll gepöpselt wird von roten Schlagwörtern und Phrasen, entgegenzutreten können, ist es notwendig, daß ihnen auch gewerkschaftliche Schulung zuteil wird. Sondernfalls werden sie bei der Unterhaltung mit ihnen schon der Sozialdemokratie in die Hände geratenen Arbeitskollegen den Äußerungen ziehen.

Diese gewerkschaftliche Schulung der Jugend zu übermitteln ist die Aufgabe, die sich die christliche Gewerkschaftsbewegung auf diesem Gebiete gestellt hat. Dazu kommt dann noch der Schutz auf der Arbeitsstelle, die Überwachung der Ausbildung der Lehrlinge und die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der jugendlichen Arbeiter und was der Ideellen und wirtschaftlichen Vorteile noch mehr sind. Zum Schluß gab der Redner den jungen Kollegen, besonders den Lehrlingen noch einige praktische Ratschläge, wie sie sich auf der Arbeitsstelle verhalten sollten, mit auf den Weg, die den Jungenen schließlich zu Herzen gingen.

An den äußerst beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine erge Diskussion an, in deren Verlauf sowohl der Leiter des katholischen Jünglingsvereins wie ein Herr, der in evangelischen Kreisen eine führende Stellung einnimmt, ein inniges Zusammenarbeiten der christlichen Gewerkschaften mit den katholischen und evangelischen Jünglingsvereinen am Orte wünschten. Vom Leiter der Versammlung sowie vom Verbandssekretär Kollege Kaiser, Köln, wurde den Herren das bereitwillig zugesichert. Auch einer der jugendlichen Kollegen richtete aufmunternde Worte an die Versammlung und dankte besonders dem Kollegen Heisler für das große Interesse und die eifrige Mitarbeit, die er der Kölner Jugendbewegung habe zuteil werden lassen. Der direkte Erfolg der Versammlung war, daß sich wieder mehrere jugendliche Kollegen dem Verbands angeschloßen. Der indirekte, daß in Zukunft sowohl in katholischen als auch in evangelischen Jüng-

Angewandte Kreise die Sympathie für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung in eifriger Unterstützung derselben ihren Ausdruck finden wird.

Zugewandte Kollegen von Ost- und Westpreußen. In euch liegt es nun, das Gesehene richtig zu erfassen und in die Tat umzusetzen. Eifriges Werkversteht für den Verband zu leisten, das muß der Vorbehalt sein, den wir vor allen Dingen bei der kommenden „Winteraktion“ ausführen wollen.

Wasserfallingen. Am Sonntag, den 24. September fanden in Wasserfallingen zwei große Hüttenarbeiter-Veranstaltungen statt, die sich eines sehr starken Besuchs zu erfreuen hatten. Die beiden genannten Lokale waren gebildet voll besetzt; ein Feldzug, welches Interesse die Hüttenarbeiter Wasserfallingens beim Reichstagskongress mitzubringen. In beiden Veranstaltungen referierten die Kollegen Landtagsabgeordneter und Arbeitersekretär Andre Stüttgen und Bezirksleiter Gengler-Stüttgen über das aktuelle Thema: „Was hat der Landtag den Hüttenarbeitern gebracht?“

Die Art und Weise der Verteilung dieser Aufbesserung unterwarf der Redner einer Kritik unter Würdigung der Schwierigkeiten bei Regelung dieser Angelegenheit. Die Arbeiter der Hgl. Hüttenwerke müssen bedenken, daß sie nicht wie diejenigen der Post und Eisenbahn vom Staat angefaßt worden seien, sondern in gleicher Linie mit den Arbeitern der Privatindustrie stehen, weshalb der Zusammenstoß in der Organisation notwendig sei, um so berechtigtere Forderungen in der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzusetzen: selbst vor einem Kampf dürften sie gegebenenfalls nicht zurückweichen.

Der zweite Redner, Bezirksleiter Kollege Gengler, ging besonders auf die Erfolge und die Stellung der Arbeitererschaft von einst und jetzt ein. In seinen Darlegungen führte er aus, welches Interesse die Arbeiter in den Hgl. Hüttenwerken an der Privatindustriebewegung und umgekehrt haben. Gerade bei den württembergischen Hüttenarbeitern kann man schon die gute Wirksamkeit einer Organisation sehen. Wenn heute Regierung, Stände und Öffentlichkeit sich in so reichlichem Maße mit den Arbeiterverhältnissen befassen, so kommt das daher, weil die Arbeitererschaft heute mehr geschult, dasticht und der Resonanzboden ein breiterer geworden ist.

Der Vorsitzende dankte beiden Rednern für ihre mit großem Verfall aufgenommenen Ausführungen, nachfolgende Resolution fand in den Versammlungen einstimmige Annahme: „Die heutige vom christlichen Metallarbeiterverband einberufene öffentliche Hüttenarbeiterversammlung dankt der Hgl. Staatsregierung und den Hgl. Landräten für die gewährte Förderung. Die Versammlung bedauert, daß bei der Ausbreitung derselben einzelne Arbeiterkategorien und Arbeiter weniger berücksichtigt wurden. Sie hofft, daß die Beihilfen der Stände, soweit sie sich auf die Mitwirkung des Arbeiterschlusses bei der Festsetzung der Akordhöhe und auf die Aufstellung bestimmter Grundsätze über die Behandlung von Differenzen bei Akorden besonders bei Festsetzungen und Lohnregelungen, sowie auf die Urlaubsverweigerung beziehen, gleichfalls in Höhe von der Hgl. Hüttenverwaltung durchgeführt werden. Die Versammlung fordert alle Arbeiter auf, sich zur Wahrung ihrer Interessen dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen.“

Am Montag den 25. Sept. fand noch eine Versammlung in Schuffenried für die Arbeiter der Hgl. Wilhelmshütte statt, die ebenfalls einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Bezirksleiter Kollege Gengler referierte über das Thema: „Landtag und Hüttenwerke unter beherrschender Berücksichtigung der Verhältnisse der Hgl. Wilhelmshütte.“ Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall und allseitige Zustimmung. Hier sprachen sich die Kollegen besonders über die Arbeits- und Lohnverhältnisse auf der Hgl. Wilhelmshütte aus, die nach manchen Richtungen hin sehr verbesserungsbedürftig sind. Mögen die Kollegen in den Hüttenwerken all das besprochene auch nur ihrerseits durchzuführen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

### Soziale Rechtspflege.

#### Der Erfüllungsort für die Krankenfürsorge.

Nur Frage des Erfüllungsortes für die Krankenfürsorge fällt das schiedliche Oberverwaltungsgericht am 29. 1. 1911 ein Urteil von allgemeinem Interesse. In einem Bauarbeiter in Chemnitz erlitt ein Maurer einen Unfall und erkrankte die erste ärztliche Hilfe von einem dortigen Klassenarzt. Tags darauf begab er sich aber, ohne die Zustimmung der Ortskrankenkasse zum Verlassen des Klassenbezirks einzuholen, nach Kilmersdorf bei Wollfenstein zu seiner Familie und trat in die ärztliche Behandlung eines Wollfensteiner Arztes. Auf seine Bitte um Zulassung eines Krankenschwägers wurde er von der Kasse beschieden, die Kosten für ärztliche Behandlung Arznei und Heilmittel mußte er selbst tragen, da ihm die Erlaubnis zum Verlassen des Klassenbezirks fehlte. Er forderte nach seiner Genesung die ihm hierfür erwachsenen Kosten in Höhe von 211 M. im Klagenwege von der Kasse und erlangte vom Verwaltungsgericht ein obliegendes Urteil. Die von der Kasse eingeklagte Berufung hat das Oberverwaltungsgericht verworfen. In seinem Urteil führte es im wesentlichen aus:

Da das Krankenversicherungsgesetz eine Bestimmung über den Erfüllungsort für die Krankenfürsorge enthält, müsse erachtet werden, was der Natur der Sache nach als der Wille des Gesetzgebers in dieser Beziehung zu gelten habe. Dagegen gelange man zu dem Ergebnis, daß die Kassen die ihnen obliegenden Leistungen unter Umständen auch an einem anderen Orte zu erfüllen haben als am Beschäftigungsorte der Versicherten, der nach der allgemein herrschenden Meinung in erster Reihe den Erfüllungsort bilde. Das gelte namentlich in folgenden Fällen. Arbeiter seien häufig in Orten ihrer Gegend beschäftigt, die vom Orte ihrer Familienwohnung zu weit entfernt seien, als daß sie jeden Abend noch Hause gehen könnten. Sie mieteten sich daher am Beschäftigungsort ein Quartier, ohne ihre Familienwohnung aufzugeben, in die sie allmonatlich zurückzukehren pflegten. Wenn solche Personen am Beschäftigungsorte erkrankten, sei es in der Natur der Sache begründet, daß sie in ihrer Familie pflegen da dort die geeignete Stelle für ihre Pflege sei und sie hierdurch bei längerem Kranksein in den Stand gesetzt würden, die Kosten für ein besonderes Quartier am Beschäftigungsorte zu sparen. Daß es aber im Sinne des Gesetzes liegt diesen Bedürfnissen der Arbeiter auch bei der Krankenfürsorge durch die gesetzlich errichteten Kassen Rechnung zu tragen, könne unbedenklich angenommen werden. Das entspreche nicht nur der wohlwollenden Absicht, die der ganzen Sozialgesetzgebung zu Grunde liege, sondern auch der Einzelbestimmung im § 7 Abs. 1, Ziffer 1 des Krankenversicherungsgesetzes; denn wenn dort den Versicherungsorganen solchen Kranken gegenüber, denen sich regelmäßig die Möglichkeit einer häuslichen Pflege bietet, die Verfügung zur Einweisung in ein Krankenhaus unter gewissen enghesetzten Voraussetzungen eingeräumt sei, so zeige dies, daß der Gesetzgeber großen Wert auf die häusliche Pflege lege und sie den erkrankten Arbeitern künftighin erhalten wolle. Die Festsetzung, daß auch der Wohnort des Versicherten, wo er seine Familienwohnung habe, als Erfüllungsort zu gelten habe, entspreche aber auch insofern dem Geiste, als hierdurch die Verpflichtungen der Versicherungsorganen nicht erheblich, also nicht über den Rahmen des Gesetzes hinaus vergrößert würden. Dabei sei den Versicherungsorganen auch das ihnen zustehende Recht zur Bestimmung der Orte für die Behandlung der Kranken Versicherten gewahrt; nur würden sie dabei aus praktischen Gründen oft andere Orte als die allgemein für ihren Bezirk bestimmten Klassenärzte wählen.

### Literarisches.

Demaskiert, ein Charakterbild des Verbannten Deutscher Buchdrucker. Unter diesem Titel erscheint soeben im Verlag des Gutenberg-Vereins, Berlin SO. 16, Kaiser-Franz-Granadierplatz 14, ein Broschüre (168 Seiten) zum Preise von 20 Pfg., portofrei 30 Pfg.

An der Hand zahlreicher Tatsachenmaterial: Die Gewerkschaftspressen - Das Vortragswesen in den Zählstellen der „freien“ Gewerkschaften - Die „freien“ Gewerkschaftsbeamten - Die „freien“ Gewerkschaften als Aufwachen der sozialdemokratischen Partei - „Freie“ Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteipresse - Korrespondenzblatt und Sozialdemokratie wird nachgewiesen, daß die der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften angehörenden Verbände weder in politischer noch in religiöser Hinsicht neutral sind. Die Vorgänge in den Ortsstellen der „freien“ Gewerkschaften (Gelder für die sozialdemokratische Presse und deren Druckereien - Bei Reichstags-, Landtags-, Stadtverordneten- und Sozialen Wahlen - Verschmelzung von Parteibibliotheken und Bibliotheken der Gewerkschaftskassen - Gemeinsame Bildungsbestrebungen, Vortragsstunden, Unterrichtsreisen, Festlichkeiten, Wandertreffen usw.) werden einer eingehenden Untersuchung unterzogen. In Hand von Beschlüssen, Resolutionen und Vorschlägen auf den „freien“ Gewerkschaftskongressen und sozialdemokratischen Parteitagungen wird der Beweis erbracht, daß die „freien“ Gewerkschaften in Wahrheit sozialdemokratisch sind. Der Buchdruckerverband, der der Generalkommission und den Ortsstellen angehört, und die Kongresse beschließt, kann daher keine anderen Wege gehen. Daß er wirklich denselben Weg geht, wird in den nachfolgenden Kapiteln bewiesen. Aus diesem ergibt sich die Existenzberechtigung des Gutenberg-Vereins, der dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angehörend ist. Das letzte Kapitel beantwortet die Frage: „Warum hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung und die Öffentlichkeit ein Interesse am Ersparnen des Gutenberg-Vereins?“

Die Broschüre erscheint gerade zur rechten Zeit. In wenigen Tagen soll der Buchdruckererwerb erneuert werden. Es ist gut, daß vorher der Öffentlichkeit das wahre Gesicht der „freien“ Gewerkschaften, insbesondere des Buchdruckerverbandes gezeigt wird. Die Broschüre enthält aber auch sehr wertvolles Material für alle christlichen Gewerkschaftler, welchem Beruf sie auch angehören. Das Beweismaterial ist mit Quellenangabe versehen und daher bei der Verteidigung und Agitation besonders wertvoll. Ein ausführliches Inhaltsverzeichnis erleichtert das Auffinden des Materials. Der geringe Preis (20 Pfg.) ermöglicht einem jeden, in der Besitz der Broschüre zu gelangen. In jede Zählstellenbibliothek gehören einige Exemplare. Wir können die Anschaffung des Broschürens jedem empfehlen.

### Sterbetafel.

- Nachen. Am 20. September starb unser langjähriger treuer Verbandskollege Paul Carell im Alter von 45 Jahren an den Folgen eines Nierenleidens.
- Bodum-Mecklenhofen. Am 25. September starb unser lieber Kollege und Vertrauensmann, der Elektromonteur Theodor Kreise im Alter von 35 Jahren infolge eines Unfalles bei Ausübung seiner Berufsarbeit.
- Quisburg. Am 19. September starb unser treuer Kollege und Mitorganisator unserer Ortsgruppe, Georg Scheerer, im Alter von 49 Jahren an Lungenerkrankung.
- Ofer. Am 22. September starb unser Kollege Heinrich Ahrens im Alter von 45 Jahren an Gehirnjähling.
- Thale a. S. Am 1. Oktober starb unser Kollege Karl Kaulhold im Alter von 45 Jahren infolge Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

### Versammlungs-Kalender.

- Kollegen und Kolleginnen!  
Versammelt ohne triftigen Grund keine Versammlung!  
Samstag den 7. Oktober.
- Berlin Noth. Am Osttag Bergmann Ostendurgstr. 8.
  - Portmund-Ainner. Abends 8.30 Uhr bei Langmann, Widmarstr.
  - Osten, Ost- und Wollenshütten. Abends 9 Uhr bei Richter, „Zum halben Jahr“, am Marktplatz.
  - Offen-Sieckel-Kraus. Abends 8.30 Uhr in Steete bei Wirt Seeborn.
  - Salle. Abends 8.30 Uhr in Scharf Meisnerstr. 10, Merseburgerstr. 9. Mitgliederbesprechung mitbringen.
  - Sannover-Bischoffheim. Abends 8.30 Uhr im Braunschweiger Hof, Hünningstr. Abends 8 Uhr bei Dahrenrecht.
  - Verbindungs-Komitee: Koll. Wagner-München.
  - Ingolstadt. Abends 8 Uhr außerordentliche Versammlung im Rath, Koll. Schmitt.
  - Widenscheid. Monatsversammlung. Referent: Koll. Grissefer. Unveränderte mitbringen.
  - Wilde. Abends 8.30 Uhr bei Sommer.
  - Wittgen. Abends 8.30 Uhr im römischen Adlg.
- Sonntag den 8. Oktober.
- Züchternach. Vorm. 11 Uhr im Hotel Hamm, Bahnhofstr.
  - Worms. Vorm. 11 Uhr bei Pich bei Wollensmarkt.
  - Portmund-Verov. Nachm. 4 Uhr bei Wille.
  - Portmund-Münch. Vorm. 11 Uhr bei Wollmann.
  - Portmund-Berne. Nachm. 5 Uhr bei Seckeburg.
  - Quisburg-Verov. Nachmittags 4 Uhr bei Zimmer, Koll. Koll.
  - Quisburg-Verov. Vorm. 11 Uhr bei Schenkel, Stüttdorfstr.
  - Quisburg-Merdingen. Vorm. 11 Uhr bei Schmitt, Zum Parlament.
  - Quisburg. Vorm. 10.30 Uhr bei Woll in Rüdörf. Referent: Kollege Schmittner.
  - Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Versammlung für die gesamte Mitgliedschaft der Verwaltungsstelle. Vorm. 11 Uhr im Paulshaus.
  - Osten-Mittendorf. Abends 7 Uhr bei Wirt, Mittendorferstr. 200.
  - Osten-Elektromonteur. 11 Uhr bei Schmitt, Sieckelstr. 61.
  - Osten-Sittrop. Abends 8 Uhr bei Sittrop, Sieckelstr. Außerordentliche Mitgliederbesprechung.
  - Osten-Saunders-Klasse. (Mittendorf, Berge-Barck, Nord-Schönebeck). Nachm. 5 Uhr bei Wirt, Mittendorferstr. 200.
  - Osten-Saunders-Klasse. (Georgstr., Sadt, Nordost, Sittrop, Müntensfeld und Mittendorf) Nachm. 4 Uhr in Rüdörfstr. 19.
  - Osten-Nordost. Abends 8 Uhr bei Wirt: Hoff, Stoppenergerstr. 74 mit Frauen.
  - Osten-Verden. Vorm. 11 Uhr bei Fiedler, Bornstr.
  - Saltern. Nachm. 4 Uhr bei G. Köhner, Meckenerstr.
  - Sann-Prentschinart. Vorm. 11 Uhr bei Ahrens.
  - Sann-Wieschen. Nachm. 5 Uhr Versammlung mit Frauen bei Drees, Tannenwald.
  - Widenscheid. Vorm. 11 Uhr bei Sadel, Bachemerstr.
  - Widenscheid. Nachm. 5 Uhr bei Krein.
  - Widenscheid. Vorm. 11 Uhr bei Sinder, am Bahnhof.
  - Widenscheid. Vorm. 11 Uhr bei Schmittner.
  - Widenscheid. Vorm. 11 Uhr in Müntensfeld, wichtige Versammlungen betr. Hausglatton.
  - Widenscheid. Vorm. 11 Uhr Generalversammlung bei Wollhoff, Wollensmarkt.
  - Worms. Nachm. 3 Uhr im Saale der 12 Apostel, öffentliche Versammlung, des christl. Gewerkschaftsvereins.
- Dienstag, den 10. Oktober.
- Langendree-Verov. Abends 8 Uhr bei Wollmann.
- Mittwoch, den 11. Oktober.
- Widenscheid. Abends 8.30 Uhr im Hotel Duburg. Ref.: Koll. Hartmann, Hamburg.
  - Widenscheid. Abends 6.30 Uhr bei Wollmann.
- Samstag, den 14. Oktober.
- Mittendorf. Abends 8.30 Uhr bei Secker, am Wirt.
  - Widenscheid. Abends 8.30 Uhr bei Hof, Braun, Schmittner.
  - Düsseldorf-Verov-Saunders-Klasse. Abends 9 Uhr bei Schmittner in Wirt, Köhler Landstr. 200.
  - Sannburg. Abends 9 Uhr bei Schmittner, Talstr. 97.
  - Sannburg. Abends 8.30 Uhr im Kriegerheim.
  - Sannover-Sittrop. Abends 8.30 Uhr bei Gastwirt Hoffmann.
  - Karlruhe. Abends 8.30 Uhr im Parkgarten, Herrenstr. 34a.
  - Kölln-Christfeld. Abends 8.30 Uhr bei Koll. Schmittner, Replerstr. 28.
  - Kölln-Symbios-Kolonie. Abends 9 Uhr bei Hof, Wollens.
  - Kölln-Koll. Abends 8.30 Uhr bei Köhler, Wollensstr. 28.
  - Stuttgard-Buffenhausen. Abends 8.30 Uhr bei Hof, Wollensstr. 28.
  - Widenscheid. Abends 8.30 Uhr bei Hof, Wollensstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Versammlung jeden 2. Samstag im Monat.
- Sonntag, den 15. Oktober.
- Düsseldorf-Verov. Vorm. 11 Uhr bei Daniel.
  - Düsseldorf-Verov. Vorm. 11 Uhr bei Hof, Braun, Schmittner.
  - Sannover-Mittendorf. Nachm. 3 Uhr in „Meiers Garten“.
  - Kölln-Verov. Vorm. 11 Uhr, zur Krone Freiheitstr.
  - Kölln-Verov. Vorm. 11 Uhr bei Köhler, Wollensstr. 28.
  - Mittendorf-Verov. Vorm. 11 Uhr bei Hof, Wollensstr. 28.
  - Ofer. Bei Hof, Wollensstr. 28.
- Bromberg. Die Wohnung des Vorsitzenden unserer Ortsgruppe, Kollegen Dr. Richard befindet sich jetzt: **Widenscheid** bei Bromberg, Kolonie des deutschen Arbeiter-Wohnungsvereins, Haus 3.
- Leipzig. Die Adresse des Vorsitzenden und Kassiers unserer Verwaltungsstelle ist ab 1. Oktober: Oswald Moritz, 2. Lindenau, Dürrenbergerstr. 3, p., L. Sprechzeit von 6-7 Uhr abends.
- Worms. Reiseunterstützung wird ausbezahlt Andreasstrolche 21 (Volkswirtschaftssekretariat) von 4-6 Uhr nachmittags.

Flugzettel :: :: :: Plakate  
Eintrittskarten :: Mitgliedskarten  
Programme :: :: Liedertexte  
Statut-Abdrücke, überhaupt alle  
Vereins- und Privat-Drucklachen  
Liefen wir in kürzester Zeit, auf Wunsch innerhalb eines Arbeitstages, billige Berechnung. Prompte Lieferung per Postpaket  
:: :: Genossenschaftsdruckerei :: ::  
Ego vom Niederrhein, Duisburg.